

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1928

28 (17.1.1928) Abendausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1.50 RM., im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1.40 RM. Durch die Post bezogen monatlich 2.00 RM. Einzelpreise: Werftags-Nummer 10 s., Sonntags-Nummer 15 s. — Im Fall höherer Gewalt, Streik, Ausperrung etc. hat der Besizer keine Ansprüche bei verspäteter oder nicht-Erfolgender der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. ds. Mts auf den Monatsletzten angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Beile 0.40 RM., Stellenangebote, Familien- und Gelegenheitsanzeigen aus Baden ermäßigter Preis. Reklame-Beile 2.—, an erster Stelle 2.50 RM. Bei Wiederholung tarifreter Rabatt, der bei Nichterhaltung des Beiles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konfursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

und Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Dienstag, den 17. Januar 1928.

Eigentum und Verlag von: Ferdinand Hiergarten: Chefredakteur Dr. Walter Schneider, Reichsgerichtlich verantwortlich für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. G. Brünner: für auswärtige Politik: M. Böhm: für badische Politik: M. Gollinger: für kommunalpolitisch: A. Müller: für Lokales und Sport: A. Baldaner: für das Publikum: G. Belaner: für Oper und Konzert: Chr. Gerle: für den Handel: F. Held: für die Anzeigen: H. Hinderbacher: alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser. Fernsprech.: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054 Geschäftsstelle: Zirkel- und Rammstraße 6/6a, Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8300. Bezugspreis: Post und Heimat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Wandern und Reisen / Haus und Garten / Karlsruher Vereins-Zeitung

Die Krise im Zentrum.

Stegerwald demissioniert.

Er hält weiteres Zusammenarbeiten mit Marx für ausgeschlossen. — Der Parteivorstand einberufen.

17. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die persönlichen Reibereien im Zentrum haben sich in den letzten Tagen so stark zuspitzen, daß eine Explosion erfolgen mußte und jetzt auch erfolgt ist. Wie wir hören, hat der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstags Herr Stegerwald sein Amt niedergelegt. Er begründet das in einem Schreiben damit, daß er ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem Vorsitzenden der Gesamtpartei, dem Reichskanzler Marx, künftighin für ausgeschlossen hält.

Das Zentrum kommt durch diesen Schritt in große Verlegenheit. Stegerwald ist der Vertrauensmann der Arbeiter, die Arbeiter aber wieder sind durch die Fraktionspolitik schwer verärgert. Der berüchtigte Brief, den Herr Marx an den katholischen Lehrerverband geschrieben hatte, worin er einige unvorsichtige Äußerungen über Stegerwald mit einlaufen ließ, ist also eigentlich nur der Tropfen gewesen, der den Krug zum Überlaufen brachte. Die Rede, die Herr Imbush am Sonntag in Oberhausen gehalten hat, war an Deutlichkeit schon nicht mehr zu überbieten, höchstens durch die dazugehörige Entschlebung, worin dem Reichskanzler eine unglückliche, ungerechtfertigte Kritik an Herrn Stegerwald zum Vorwurf gemacht wurde und ihm außerdem bescheinigt wird, daß er die nötige Klugheit, Rücksicht und den Takt vermissen lasse, der von dem obersten

Beamten des Reiches und dem ersten Vorsitzenden der Partei erwartet werden müsse. Der Parteivorstand ist schleunigst einberufen, um zu raten, was noch zu retten ist. Aber so nahe vor dem Auseinanderfallen wie diesmal ist das Zentrum in seiner langen Geschichte noch nie gewesen.

Die „Germania“ zur Rede Imbushs.

17. Jan. Die „Germania“ nimmt zu der Rede, die der Abgeordnete Imbush am Sonntag in Oberhausen gehalten hat, ausführlich Stellung. Das Blatt schreibt u. a.: Wir stehen nicht an, offen auszusprechen, daß wir den Briefwechsel bedauern. Aber wir sagen mit der gleichen Offenheit und Unumwundenheit dem Bergarbeiterführer Imbush, daß es im Wesen des Führertums liegt, in der Polemik eine Form zu wählen, die selbst dann, wenn der Mann, der sich ihrer bedient, knorrig und edig ist, das gebotene Maß der Würde und der Rücksicht nicht verliert. Auch Imbush müßte, wenn er die Sache ruhig überdenkt, wohl zu der Einsicht kommen können, daß Kritik nur dann nützt, wenn sie sich auf die Kraft des sachlichen Beweises stützt. Es finden sich viele Übertreibungen, Verallgemeinerungen und Schiefheiten in der Imbush-Rede, die sich vor allen Dingen auf die Zusammenlegung der Fraktionen beziehen. Aber man würde es sich zu leicht machen, wollte man mit dieser Kritik über die Rede von Imbush hinweggehen. Mit wachsender Beforgnis muß doch die Tatsache festgestellt werden, daß sich Parteileitung und Zentrumsarbeiterschaft voneinander entfernen. Es ist wünschenswert, daß den Gründern aufrichtig und ehrlich von allen Seiten nachgegangen wird. Ganz unbestritten ist, daß aus der psychologischen und sozialen Lage der Arbeiterschaft, in der sie sich nach den Jahren schwerer Notzeit immer noch befindet, eine ganze Reihe von Forderungen ihre innere Berechtigung behält. Klug, weise und berechtigt dünkt es uns, daß diese Forderungen nicht nur gehört werden, sondern daß man ihnen wirklich ernsthaft Rechnung trägt. Eins ist unbedingt erforderlich: Die Verfestung, die aus dem unglücklichen Nachspiel der parlamentarischen Verhandlungen jetzt entstanden ist, muß gelöst werden!

Beschränkung in der Gesetzgebung

Von Landgerichtsdirektor Dr. O. Loening.

Wer kennt sich heute in dem gewaltigen Haufen der gesetzlichen Bestimmungen im Deutschen Reich aus? Es steht eine amtliche Sammlung aller noch geltenden Gesetze in Aussicht. Alles, was in sie nicht aufgenommen ist, soll fortan nicht mehr gelten. Man wird dann vielleicht für eine Weile nicht mehr fragen können, es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Vieles längst veraltete und heute längst nicht mehr den staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende wird dann hoffentlich zu ewigem Schlaf gebettet werden. Fast noch schlimmer als mit den Gesetzen ist es aber mit den Verordnungen: Ministerial-, Präsidial-, Polizeiverordnungen und was es sonst noch für schöne und unschöne Verordnungen alles gibt. Auch sie sollen schon längst gesichtet, gesammelt, ausgelesen und vereinheitlicht werden. So hieß es und so heißt es noch heute und wird morgen auch noch so heißen. Der Wille zu der Reinigung des Angiastalles ist vorhanden, wann mag die Tat folgen!

Und wenn sie erfolgt ist? Inzwischen sind wir wieder von neuem von einer Flut neuer gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen überhäuft. Es vergeht ja kaum ein Tag, die Sonn- und Feiertage vielleicht abgerechnet, an dem das deutsche Volk nicht mit irgendeinem neuen Gesetz oder einer Verordnung beglückt wird. Und dazu kommt noch die große Masse der Verfügungen der verschiedensten Stellen, nicht zum wenigsten der Ministerien, die in der Regel die große Masse des Publikums nicht erreicht, die aber der Beamte sich merken soll und doch sich nicht merken kann. Man hat sehr oft das Gefühl, als ob der eine oder der andere seine Daseinsberechtigung dadurch erweisen muß, daß er sich seinen Mitmenschen durch irgendeine Verfügung, Verordnung oder dergleichen bemerkbar macht, die dann aber den Schlaf des Gerechten in wohlverdienten Altkübeln führt und nur alle paar Monate das Licht des Tages erblickt, um niemals gelesen, niemals beachtet, sondern nur gegengezeichnet zu werden, um dann auf weitere Monate weiter zu ruhen. Das stört kaum jemand, schadet auch nichts.

Bedeutend schlimmer ist es, daß auch die Gesetzgebung sich in einem Stadium der Hochflut befindet. Bestehende Gesetze werden geändert, ergänzt, erweitert, ausgeführt; neue erdienen, um alsbald, ehe noch die genügenden Erfahrungen gesammelt sind, aufs neue abgeändert zu werden. Es gibt heute Gesetze, deren gerade heute gültiger Text nur von ganz wenigen Fachmännern gekannt wird, für andere ist das augenblicklich geltende Recht fast eine Geheimwissenschaft. Es will schon etwas heißen, wenn ein so hervorragender Jurist wie der Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium Dr. Franz Schlegelberger sich bemüht, in einer kleinen, sehr lehrreichen Schrift „Zur Rationalisierung der Gesetzgebung“ seine warnende Stimme zu erheben und eine durchgreifende Reform unserer Gesetzgebung nach Umfang, Ablauf und Form zu verlangen. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als Schlegelberger ja die Dinge aus allererster Quelle kannte und bei seiner auch wissenschaftlich allgemein anerkannten Bedeutung nicht in den Verdacht kommen wird, zu übertreiben. Er weist zunächst an einem erdachten aber typischen Fall nach, wie durch einen befähigten, aber überbürdeten Handlungsinspektur die ganze Stufenleiter juristischer, wirtschaftlicher, politischer Organisationen durchlaufen wird, wie Reichsministerien, die Ministerien der Länder, die Gerichte am Gutachten ersucht, eine ungeheure Arbeit veran wird und dann schließlich doch nichts weiter herauskommt, als neue Unklarheiten in bisher von der Rechtsprechung fast einheitlich ausgelegter Gesetzesverordnungen. Mag auch eine gewisse Übertreibung in dieser Schilderung liegen, viel Wahres ist in ihr doch. Nur eins fällt dabei auf. Warum muß das Reichsministerium der Justiz und die anderen Ministerien leber, aber auch jeder kleinsten Anregung von außen stattgeben, warum werden solche Anregungen nicht wie früher als brauchbares Material gesammelt, um dann bei einer umfassenden Revision der Gesetzmaterie Verwendung zu finden? Es ist doch wirklich nicht nötig, daß bei jedem Rechtspruch eines unteren Gerichts gleich die Klinker der Gesetzgebung in Bewegung gesetzt wird. Der Ueberreifer, den Schlegelberger anderen Stellen zum Vorwurf macht, ist er nicht auch, ja vielleicht in verstärktem Maße in unseren Ministerien heute noch vorhanden? Das Regieren will auch gelernt sein und wird nicht dadurch erworben, daß man Ministerialrat wird. Das Zustiel der Gesetzgebung, das Schlegelberger rügt, und das das deutsche Volk und die Beamten auszubaden haben, liegt das nicht an dem Zustielregieren der Ministerialbeamten? Die allermeisten Gesetze stammen aus den Zentralinstanzen, von den politischen Parteien des Reichstages werden nur sehr wenige Gesetzentwürfe vorgelegt. Ein Segen ist nur, daß nicht alle Gesetzentwürfe der Ministerialreferenten das Licht der Öffentlichkeit erblicken und Gesetze werden.

Gewiß, auch im Reichstag ist nicht alles so, wie es sein sollte. Und jeder mit dem Gespögenheiten eines Parlaments Vertraute, weiß auch, daß die Gesetzesberatungen im Reichstag, soweit sie nicht direkt politische Forderungen zu erfüllen geeignet sind, nicht die Liebe in den Parlamentsberatungen erfahren, wie es notwendig wäre. Einseitig ist es aber, wenn Schlegelberger anführt, daß durch die Beratungen im Reichstag doch sehr häufig Verschlechterungen in das Gesetz hineinkommen. Das ist doch eine Übertreibung und eine Ueberhebung der Bürokratie. Auch die Ministerialreferenten, die die Entwürfe ausarbeiten, sind nicht allwissend und haben, um vulgär zu sprechen, oft genug daneben. In vielen Gesetzen kann man feststellen, daß der Entwurf, wie er aus dem Ministerium herauskommt, doch zu sehr nach dem grünen Tisch schmeckt. Man braucht nur an die sog. Emmingerische Justizreform zu denken, über die in der Praxis heute kaum noch Streit herrscht, daß sie praktisch eher hindernd als fördernd gewirkt hat.

Ein Vorschlag von Schlegelberger wird wohl allseitig Zustimmung erfahren: Der Schluss der Ministerien um die Spätnachmittagsstunden. Sollte das wirklich erreicht werden können, wie würde alles aufatmen. Die Herren im Ministerium selber und alle andere, denn damit würde das Zustielregieren mit einem Schläge aufhören, schon weil die Ministerien ihre Zeit dann besser anwenden müssen, als es heute vielfach geschieht. Die unendlichen Besprechungen, Konferenzen, Kommissionen usw. würden auf das Notwendigste beschränkt werden. Aus ihnen kommt meistens doch nicht viel heraus, weil der eigentlich maßgebende Herr an ihnen meist doch nicht teilnimmt. Sehr fraglich erscheint es, ob mit dem Schlegelbergerischen Vorschlag der Uebertragung der gesamten Gesetzgebung auf das Reichsjustizministerium etwas gewonnen würde. Zunächst wäre die Folge, daß das Justizministerium ins Niefenbaste anschwellen würde, ohne daß bei anderen Ministerien abgebaut werden könnte. Richtiger wäre es, wenn jedes Ministerium für seinen Aufgabenkreis

Aussprache auf der Länderkonferenz

Die heutigen Beratungen.

17. Jan. (Zuspruch.) Die Länderkonferenz ist heute vormittag zehn Uhr in der Reichskanzlei erneut zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Diskussion über die gestern gehaltenen Referate und Korreferate.

In der Aussprache beteiligten sich der sächsische Ministerpräsident Heldt, der thüringische Staatspräsident Leuthäuser, der heftische Staatspräsident Ulrich, der badische Staatspräsident Kemmerle, der preussische Ministerpräsident Braun, der oberrheinische Ministerpräsident von Fink und der preussische Finanzminister Höpfer-Schöff. Erst heute nachmittag werden die Referate zu den Punkten 2 und 3 der Tagesordnung gehalten werden können, auf die sofort die Diskussion begonnen werden soll.

Während der preussische Ministerpräsident Braun ebenso wie der hamburgische Bürgermeister Peterjen ihre geistigen Referate im eigenen Namen gehalten haben, wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß der bayerische Ministerpräsident Heldt im Namen des Bayerischen Staatsministeriums gesprochen habe.

Bayern lehnt den Einheitsstaat ab.

Ministerpräsident Dr. Held über Reich und Länder.

In seinem Referat über Reich und Länder führte der bayerische Ministerpräsident Dr. Held auf der Länderkonferenz u. a. aus: Sein Referat entspreche der Auffassung der gesamten bayerischen Staatsregierung, hinter der die Meinung des weitans überwiegenen Teiles des bayerischen Volkes stehe. Der wirkliche Grund für das mancherlei Durcheinander und Gegeneinander in Deutschland liege keineswegs in der geistigen und sozialen Zersplittertheit des deutschen Volkes. Diese Zersplittertheit würde auch im Einheitsstaat nicht vermindert, sondern vermehrt.

Für die Ausgabenwirtschaft der Verwaltung sei nicht so sehr die Zahl der Behörden und Beamten entscheidend als vielmehr die Zahl und Art der Aufgaben des Staates und der Staatsverwaltung. Wirkliche Ersparnisse könnten nur erzielt werden durch einen Abbau der Staatsausgaben. Die notwendige Vereinfachung sei im Bundesstaat noch zweckmäßiger durchführbar als im Einheitsstaat. Der billigere Einheitsstaat sei nur ein Schlagwort. Jede Art von Einheitsstaat bedeute einen Umsturz der Verfassung in ihren Grundlagen. Deshalb solle man von einer solchen überstürzten Umgestaltung zum Einheitsstaat absehen und zunächst die Mängel der Weimarer Verfassung beseitigen, die zu den unerfreulichen Zuständen, die wir jetzt hätten, Anlaß gegeben hätten. Für eine durchgreifende Revision der Verfassung sei noch vielfach vertretener Auffassung die Zeit noch nicht gekommen. Immerhin ließe sich aber ein gewisses Mindestprogramm durchführen und da auch ohne Verfassungsänderung. Hier läme vor allem in Betracht:

1. Eine Verbesserung des Finanzausgleiches, die den Lebensinteressen der Länder wirklich Rechnung trage.
2. Ein Ausbau weiterer Zuständigkeiten zugunsten der Länder auf der Grundlage der August-Vereinbarungen des Jahres 1922. Auch den wirtschaftlichen Forderungen der Länder in Bezug auf das Beschaffungswesen für Heer und Wehrbewehrung könnte ohne weiteres vom Reich aus Rechnung getragen werden. Die geradezu unerträgliche Zentralisierung des Geld- und Kreditwesens in Berlin müßte im Wege der Vereinbarung zwischen Reich und Ländern beseitigt werden.

Zu diesen wirtschaftlichen, finanziellen und staatsrechtlichen Gesichtspunkten komme auch noch der kulturpolitische Gesichtspunkt, der die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit und

Selbstständigkeit der deutschen Länder dringend gebiete. Die Zentralisierung würde eine Verdrängung der jetzt bestehenden deutschen Kulturzentren bedeuten. Der gesunde Wettbewerb der einzelnen Staaten und Stämme im Deutschen Reich sei ja die Grundlage für die Erhaltung und Fortentwicklung der deutschen Gesamtkultur. Gerade, wer die Einheit des Reiches als das höchste Gut des deutschen Staatsbürgers ansehe, müßte das Einheitsreich mit seinen nieallierenden und zerstörenden Einflüssen ablehnen. Bayern sei aber gerne bereit, trotz dieser Ablehnung mit dem Reiche Hand in Hand zu gehen, um Schwierigkeiten und Gefahren für das Reich und im Verhältnis der Länder zum Reich zu beseitigen.

„Nur der Weg zum Einheitsstaat übrig“.

Das Korreferat des preussischen Ministerpräsidenten.

In seinem Korreferat machte der preussische Ministerpräsident Braun u. a. folgende Ausführungen, die jedoch von der preussischen Regierung noch nicht bestätigt sind: Die Zweiteilung in Reich und Länder habe sich in der Zeit Bismarcks wenig unangenehm bemerkbar gemacht, da die Leiter des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten stets von den gleichen Persönlichkeiten demaltet worden seien. Die Stellung des Bundesrates als einer Vertretung der Länderregierungen sei in der Bismarckschen Verfassung wesentlich anders gewesen als die des Reichsrats im jetzigen Reich, wo die Länderregierungen auch nach politischen Gesichtspunkten zusammengefasst seien. Infolgedessen sei es nicht als ein Vergehen gegen den Reichsgedanken zu betrachten, wenn Preußen wiederholt die Verhandlungen des Reichsrats politisiert habe. Mit dem bayerischen Ministerpräsidenten stimme er darin überein, daß der Reichsrat in der Lage sein müsse, die Interessen der Länder wirklich zu vertreten. Er könne sich aber nicht die Schlussfolgerung zu eigen machen, die Rechte der Länder zu dem gleichen Zweck zu erweitern. In Weimar habe man den Weg zum Einheitsstaat beschritten wollen, sei aber auf halbem Wege stehen geblieben. Ministerpräsident Held und Staatspräsident Basille wollten zurück zum Föderativstaat, das würde bedeuten: Rückgabe der Finanzhoheit des Reiches an die Länder und damit Wiederherstellung des preussischen Uebergewichts im Reich — eine Wirkung, die doch Bayern und Württemberg sicher nicht erzielen wollten. Infolgedessen bleibe nur der Weg zum Einheitsstaat übrig. Da man sich jedoch vorläufig über die notwendige Reform nicht einig sei, wäre es zweckmäßig, den von Peterjen verlangten Ausschuss einzusetzen. Man müsse ihm aber die Richtlinien mitgeben, unter den jetzigen politischen Machtverhältnissen bestehen. Notwendig sei die Beachtung der wirtschaftlichen Erfordernisse, weiterhin eine Rechts- und Verwaltungsangleichung zwischen den einzelnen Ländern, denn es sei grotesk, daß man eine Rechtsangleichung mit Desterreich versuche, während innerhalb der deutschen Einzelstaaten noch die größten Unterschiede auf diesem Gebiete beständen.

Nach dem Referat Brauns hielt Reichskanzler Marx eine kurze Schlussansprache. Er dankte den Referenten und betonte, die Referate hätten gezeigt, daß noch außerordentliche Schwierigkeiten einer Reform der staatsrechtlichen Verhältnisse im Wege stünden. Immerhin seien wichtige neue Gesichtspunkte zutage getreten, die der weiteren Diskussion zugrunde gelegt werden könnten.

Die Staats- und Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten.

17. Jan. (Zuspruch.) Der Reichspräsident gab gestern abend zu Ehren der in Berlin weilenden Staats- und Ministerpräsidenten ein Essen, zu dem auch die beteiligten Reichsminister und Minister der Länder, sowie die Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat geladen waren.

sch strengster Zurückhaltung für neue gesetzgeberische Akte auferlegen würde.

Auch von der Herbeiführung eines Gedankenaustausches zwischen Gerichten und Verfassung halte ich nicht viel. Es würde nur dazu führen, daß in verstärktem Maße Berichte von den Gerichten zu machen wären, die doch nur in den Akten schlummern. Viel praktischer wäre es, wenn von Seiten der Ministerien einzelne, auf besonderen Gebieten vertraute Richter, um Gutachten auf diesen Gebieten ersucht würden. Dadurch würde der grüne Tisch mit der Frage in engeren Kontakt kommen, der heute mehr denn je nötig ist.

Nationalisierung der Gesetzgebung ist nötig. Mögen die Zeitschriften damit den Anfang machen. Das Publikum hätte dagegen nicht das Mindeste einzuwenden. Im Gegenteil, je eher, desto besser.

Auf der Suche nach Gründen.

Die Pariser Presse zum elsässischen Problem.

F.H. Paris, 17. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Unaufrichtig behaupten die Pariser Zeitungen, daß die elsässische Frage ein für alle Mal gelöst sei. In einem Interview mit „Journal“ erklärt der Abgeordnete der republikanischen Volkspartei, Michel Walter, heute nachdrücklich, daß die Elsässer Franzosen seien und bleiben wollten. Man muß sich deshalb wundern, daß diese elsässische Frage zu so vielen Erörterungen in den Pariser Zeitungen unaufrichtig Anlaß gibt. Der „Petit Parisien“ behauptet heute, daß die Elsässer, insbesondere wirtschaftlich, sehr zufrieden seien, was eine durch die Tatsachen nicht gerade gerechtfertigte Schönfärberei ist; denn man braucht sich nur mit irgend einem Elsässer, welcher politischer Richtung er auch angehört, zu unterhalten, worauf er sofort ein Klagegeld über das wirtschaftliche Unbehagen im Elsaß anstimmen wird, welches anscheinend die Hauptursache für die Mißstimmung, die im Lande herrscht, ist.

Der „Avenir“ behauptet heute, daß der Heimatsbund mit den Kommunisten im Elsaß Hand in Hand gehe, wie übrigens die Kommunisten bei zahlreichen Wahlen in den letzten Monate große Erfolge hatten, insbesondere bei Gemeindefestwahlen. Die Eisenbahner haben den Kommunisten 12 000, den Sozialisten nur 8000 Stimmen gegeben, die Bergarbeiter im Moseldepartement zwei Drittel der Stimmen den Kommunisten. Bei den Kantonwahlen in Thionville hatten die Kommunisten nahezu 50 Prozent der Stimmen gegen 30 Prozent im Jahre 1924. Der „Avenir“ fordert, daß die Regierung nicht nur dem autonomen Elsaß, sondern auch dem kommunalistischen Standaal ein Ende mache. Das „Echo de Paris“ entdeckte endlich die wahre Unzufriedenheit im Elsaß. Deutschland sei an allem Schuld. Das Blatt muß zugeben, daß die von Farrer Haegy redigierten Zeitungen ungeheure Abnahme im ganzen Lande finden, weil sie ausgezeichnet redigiert sind, während die französischen Zeitungen, vor allem „s' Elsaß“ und das „Journal de l'Est“ gar keine Verbreitung finden können. Farrer Haegy sei nach dem Prozeß, den der Redakteur Helsen gegen ihn angestrebt hatte, in seinen französischen Meinungen etwas vorsichtiger geworden, aber alles, was in Deutschland geschehe, rühme er, unter anderem die deutsche Luftschiffahrt, die deutsche wirtschaftliche Entwicklung, das neue Schulgesetz, die Katholikentage. Nachdrücklich aber lege er sich für die Räumung der Rheinlande ein.

In dieser Schilberung erwartet man ungeduldig zu hören, in welcher Weise Deutschland seine Hand im Spiel habe. Diese Erwartung wird durchaus getäuscht. Von dem bekannten René Ley spricht das „Echo de Paris“, der sich nach Kriegesende in Baden-Baden niederließ und mit dem Grafen Rapp und dem Direktor Muth eine provisorische elsässische Regierung gründete, wofür er vom Geheimenrat in Straßburg zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. 1925 wurde er aber begnadigt. Daß Ley irgend etwas mit Deutschland zu tun gehabt hätte, sagt das „Echo de Paris“ nicht zu behaupten, dagegen glaubt es, daß das Trugbild von Locarno im Elsaß Enttäuschung hervorgerufen habe. Man habe darin ein Zeichen der Schwäche der französischen Regierung gesehen. Schließlich erklärt das Blatt, daß es nicht genüge, gegen die Elsässer Strafgerichte einzuschreiten. Um sie zufrieden zu stellen und damit das Malaise verschwinden, dürften die bisher begangenen Irrtümer nicht fortgesetzt werden. Welche Maßnahmen getroffen werden sollen, um die Elsässer zufrieden zu stellen, sagt das Blatt nicht.

Das Deutschland in Südamerika.

Dr. Böllig über die Eindrücke seiner Südamerika-Studienreise.

* Berlin, 17. Jan. (Zuspruch.) Der Bundesvorstand des Bündnisvolksbundes veranstaltete anlässlich der Rückkehr seines ersten Bundesvorsitzenden, des früheren Kultusministers Dr. Böllig von seiner Studienreise durch Südamerika im Festsaal des Herrenhauses einen Bierabend, an dem u. a. auch Kultusminister Dr. Becker und Justizminister Dr. Schmitt-Neuberg teilnahmen.

Nach Begrüßungsworten von Oberregierungsrat Dr. Tiburtius und künstlerischen Darbietungen ergriff Dr. Böllig das Wort. Er gab eine knappe Uebersicht über seine in Südamerika gewonnenen Eindrücke und ging dabei insbesondere auf die Schilberung seiner brasilianischen Studienreise ein, da ihm die dortigen Verhältnisse am charakteristischsten für die Bedeutung des Deutschstums in Südamerika zu sein schienen. Der Redner betonte nachdrücklich, daß sich die drüben wohnenden Deutschen nicht etwa als Reichsdeutsche betrachteten, da sie lokale Staatsbürger ihrer zweiten Heimat seien, daß sie aber die kulturelle Verbundenheit mit der alten deutschen Heimat bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck brächten. Dr. Böllig schilderte nach einem Hinweis auf den großen Einfluß deutschen Geisteslebens auf die Entwicklung des jungen brasilianischen Staates die wichtigsten kulturellen Waffen der drüben wohnenden Deutschen im Kampf um die Erhaltung ihres Deutschstums. In erster Linie nannte er hierbei die Kirche und die deutsche Schule. Ein weiterer wichtiger Hort des Deutschstums sei die deutsche Presse drüben, die dafür Sorge, daß die zum Teil weitverstreuten deutschen Gemeinden tätigen Anteil an der weiteren Entwicklung der großen deutschen Probleme nehmen. Dr. Böllig unterstrich hierbei aufs deutlichste die Notwendigkeit eines unabhängigen deutschen Nachrichtenendienstes, der dafür Sorge, daß die tendenziösen und zum Teil deutschfeindlichen Nachrichten, die besonders von der französischen Agentur Havas stammen, durch einen wirklichen deutschen Aufklärungsdienst unerschädlich gemacht würden. Nur dann könne Deutschland die Erhaltung seines Volkstums und seiner Interessen sichern, wenn dafür gesorgt werde, daß wirklich objektive Nachrichten über Deutschland auf schnellstem Wege in die Presse drüben gelangen. Die enge Volksgemeinschaft zwischen den Deutschen im Reich und den überseeischen Gruppen des Volkstums könne nur dann gesichert werden, wenn jeder Deutsche, der drüben gewesen sei, mit Hilfe, die Brücke zwischen Deutschland und Südamerika zu festigen.

Tschechische Waffen für China.

Unberechtigte Vorwürfe gegenüber Deutschland.

m. Berlin, 16. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Durch Zufall ist kürzlich bekannt geworden, daß tschechische Waffen verschiedener Art, im ganzen etwa 40 000 Gewehre, an die chinesische Regierung geliefert worden sind. Wie das so zu gehen pflegt, sind dadurch Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und China entstanden, weil China aus einem Vorwurf daraus machen wollte, daß wir die Durchfuhr dieser Waffen gestattet hätten. Das hat Deutschland Veranlassung gegeben, den ganzen Fall eingehend zu prüfen, und es hat sich herausgestellt, daß es sich um einen Lieferungsvertrag an die nordchinesische Regierung handelt. Der Transport ist

durch Deutschland durchgegangen. Das Deutsche Reich hat aber überhaupt nicht das Recht, Waffentransporte dieser Art zu verhindern. Die Waffen sind in Hamburg auf einen tschechischen Dampfer verbracht worden. Der Dampfer mußte in Manila Kohlen nehmen und hat bei der Gelegenheit eine Rückfrage bei seiner Lieferungsfirma gestellt, ob er nicht zweckmäßiger Weise seine Reise unter dem Schutz eines nordchinesischen Kriegsschiffes beenden könnte, um der Bedrohung durch südchinesische Kriegsschiffe zu entgehen.

Das ist auch geschehen. Es handelte sich also um ein reines Privatgeschäft zwischen den Chinesen und den Tschechen, an dem Deutschland vollkommen unbeteiligt ist. Irigendwelche Vorwürfe an Deutschland vollkommen unberechtigt. Dagegen ist es nicht uninteressant, zu erfahren, daß die Tschechoslowakei, die fabelhaft nervös wird, sobald in Ungarn irgendwelche Waffenschleubungen auftauchen, selbst einen offenbar sehr schwunghaften Waffenhandel mit China betreibt.

Die Redner auf der Völkerkonferenz.



Bürgermeister Dr. Petersen



Staatspräsident Bazille



Ministerpräsident Dr. Held



Ministerpräsident Braun

Neuer Triumph Poincarés?

Das Rekrutierungs-gesetz vor der Kammer.

Unberücksichtigte Wünsche der Linksparteien.

F.H. Paris, 17. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das Kabinett Poincaré wird wahrscheinlich heute oder Donnerstag einen neuen Triumph in der Kammer erleben. Die bürgerlichen Linksparteien werden neuerlich einen ihrer Programmpunkte verneigen. Man wird heute die Debatte über das Rekrutierungs-gesetz fortsetzen, die sich seit dem Monat Juli vorigen Jahres hinschleppt und die bisher nicht abgeschlossen werden konnte, weil insbesondere zwei Punkte Schwierigkeiten hervorriefen: Einmal die Frage der Einberufung der Reservisten, dann die der Einführung der einjährigen Dienstzeit. Der Kriegsminister möchte das Recht haben, die Reservisten des ersten Jahrgangs ohne vorherige Befragung des Parlaments einzuberufen, die Kammer sträubt sich dagegen, daß dem Kriegsminister und dem Generalstab ein so außerordentliches Recht ohne Kontrolle übertragen werden soll.

Die Armeekommission der Kammer folgte weiter dem Beschluß, daß die einjährige Dienstzeit 1930 ins Leben treten soll, beziehungsweise, daß die Rekruten des Jahres 1929 nur ein Jahr unter den Fahnen bleiben sollen. Der Kriegsminister erklärte in der letzten Sitzung der Armeekommission, daß er diesem Beschluß nicht beitreten könne, er sei für die Einführung der einjährigen Dienstzeit, könne aber den Zeitpunkt, wann diese ins Leben treten soll, nicht angeben, weil zunächst eine Reihe von Vorbedingungen erfüllt werden müsse, insbesondere die Einberufung von 106 000 Berufs-offizieren und

Unteroffizieren, von Zivilbeamten für die Armee und ferner die Verstärkung der republikanischen Garde. Die Armeekommission folgte dem Beschluß, daß die einjährige Dienstzeit 1930 eingeführt werden soll. In der Kammer würde sich für das Jahr 1930 eine große Mehrheit finden, aber Maginot und Poincaré werden darüber wachen, daß dieser Beschluß nicht gefaßt wird. Poincaré dürfte die Vertrauensfrage stellen und seinem Wunsch wird wohl mit großer Mehrheit stattgegeben werden.

Kabinettsrat über die Antwort an Kellogg.

F.H. Paris, 17. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das französische Kabinett wird in seiner heutigen Sitzung über die Note beraten, die dem Staatssekretär Kellogg in der Patzfrage zugestellt werden soll. Wahrscheinlich wird ein endgültiger Beschluß wegen des Wortlautes der Note heute nicht zustande kommen. Man will sich Zeit lassen, um diese unangenehme Angelegenheit möglichst hinauszuschieben und eine Antwort abzufassen, die die Amerikaner nicht gerade vor den Kopf kößt, aber auch keine Bindung Frankreichs in der Patzfrage enthält. So viel steht fest, daß das französische Kabinett von einem allgemeinen Pakt, den Kellogg vorgeschlagen hat, nichts wissen will. Auf einen französisch-amerikanischen Pakt würde man sich einstellen, weil man weiß, daß dieser keine praktische Bedeutung hätte. Es verlaute, daß in der Antwort an Kellogg ausführlich über die Pflichten Frankreichs gegenüber dem Völkerverbund gesprochen werden würde, denselben Pflichten, die man schon im Monat Juni getannt haben muß, als Briand seinen Vorschlag an Amerika machte und deren man sich erst jetzt erinnert. Selbstverständlich wird der Unterschied zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg festgehalten werden, und Frankreich wird erklären, daß nur Angriffskriege verdammt werden sollen.

England und der Panamerika-Kongreß

Die amerikanische Gefahr.

v. D. London, 17. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Die heutige Regierungspreffe ist sehr zurückhaltend bezüglich des panamerikanischen Kongresses und der Rede Coolidges. Die Zeitungen beschränken sich auf einige allgemeine Bemerkungen, aber das bedeutet nicht, daß man hier diesen Fragen gleichgültig gegenübersteht, im Gegenteil, man verfolgt sie mit größter Sorge, denn trotz der Streiche, die Amerika den Engländern in letzter Zeit gespielt hat und trotz der Flottenrüstungen, sucht man noch immer den Gedanken der angelsächsischen Union oder wenigstens eines „natürlichen Zusammengehens der beiden verwandten Nationen“ am Leben zu erhalten. Das hat seine guten Gründe. Man sieht sehr wohl ein, daß man es auf ein Wettrennen mit Amerika nicht antommen lassen kann, daß es keine Möglichkeit gibt, sich der amerikanischen Gefahr zu entziehen, wie man es mit der angeblichen deutschen Gefahr tun konnte. Man weiß sehr wohl, wenn die Vereinigten Staaten nicht mehr als gute Freunde zitiert werden können, daß man dann immer mehr in die Fesseln Frankreichs geraten muß.

Die oppositionelle Presse ist etwas deutlicher in ihrem Urteil, aber immer noch sehr vorsichtig. Am charakteristischsten äußert sich der liberale „Daily Chronicle“. Es sei immer die Fiktion der Vereinigten Staaten gewesen, die Arbeiten des panamerikanischen Kongresses auf die grundsätzlichen Wirtschaftsinteressen zu richten, während dagegen die süd- und mittelamerikanischen Republiken das Interesse hätten, die Fragen in den Vordergrund zu schieben, die direkt mit der Politik Washingtons zusammenhängen und die sich in den immer wieder auftretenden Hegemoniebestrebungen der nordamerikanischen Union kundgäben. Um das zu verhindern, hätten die Vereinigten Staaten eine so mächtige Koalition nach Havanna entsandt. Darum sei nicht nur Coolidge, sondern auch der frühere Staatssekretär Hughes mitgekommen, der in Südamerika so populär sei. Das alles erklärte Coolidge's Rede, der nicht die Absicht gehabt habe, Europa gegenüber Amerika herabzusetzen, sondern in erster Linie Süd- und Mittelamerika zu beruhigen. Unter den obwaltenden Umständen sei es für diese Republiken schwer, die Monroe-Frage anzurühren, denn sie wählten sehr wohl, daß die Vereinigten Staaten mehr denn je in der Lage wären, ihren Willen durchzusetzen.

Anderer Blätter sagen ausdrücklich, die mächtige Stellung, die Amerika in den letzten Jahren gewonnen habe, gestatte dem Präsidenten solche Reden zu halten, die zum Teil der Wirklichkeit widersprechen. Er könne von der Gleichberechtigung aller amerikanischen Staaten reden, während die Truppen der Vereinigten Staaten in Nicaragua kämpften.

Der Kampf um den Petroleummarkt der Welt.

(Eigener Abeldienst der „Badischen Presse“.)

J.N.S. Newyork, 17. Jan. Ein internationaler Kampf von ungeahntem Ausmaß um die Beherrschung des Petroleummarktes der Welt steht zwischen dem Standard Oil und der Royal Dutch Shell unmittelbar bevor. Die Standard Oil von Newyork hat eine Erklärung veröffentlicht, die in

eingeweihten Kreisen als eine glatte Kriegserklärung gegen die Dutch Comp. angesehen wird. Die Standard Oil gibt bekannt, daß sie ihren Handel mit Sowjetrußland fortsetzen und weiterhin Verkäufe in Rußland tätigen wird. Es liege keine Veranlassung vor, diesen Standpunkt aufzugeben.

Die Erklärung der Standard Oil erregt in Wallstreetkreisen das größte Aufsehen und wird als

der größte amerikanisch-europäische Wirtschaftskrieg der Jetztzeit bezeichnet. Man glaubt, daß die erste Kampfhandlung der Versuch der Vacuum Oil Company sein wird, sich auf dem englischen Markt in England selbst einzunisten. Die Vacuum Oil ist der Verbündete der Standard Oil. Ferner plant die Standard Oil eine neue umfassende Offensive auf den fernöstlichen Märkten, wo die beiden feindlichen Gesellschaften seit einiger Zeit einen mörderischen Preiskrieg führen.

Das englische Memorandum

zur Sicherheitsfrage.

10. Genf, 17. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Wie man hört, ist jetzt das bereits neulich in der englischen Presse angekündigte Memorandum der englischen Regierung zur Sicherheitsfrage eingegangen. Das Dokument umfaßt etwa 12 Druckseiten. Vorläufig dürfte die englische Note im Völkerbundssekretariat nicht veröffentlicht werden. Man ist also in weitem Umfange auf Vermutungen angewiesen. Immerhin kann aus gut informierter Quelle gesagt werden, daß der englische Brief keineswegs die neulich vorausgesagte Sensation und kein großes Sicherheitsprogramm etwa im Sinne der Kellogg'schen Vor schläge enthält. Es handelt sich vielmehr darum, daß die englische Regierung noch einmal zusammenfassend ihre Anschauung über die einzelnen Mittel darlegt, die zur Erhöhung der Sicherheit dienen sollen. Nach dem bereits öffentlich in Genf von der englischen Delegation dargelegten Standpunkt sieht England in der Herabsetzung der Rüstungen das wirksamste Mittel, um die allgemeine Sicherheit zu erhöhen. Daneben dürfte sich das Memorandum vor allem mit dem Schiedsgerichtsproblem und den regionalen Abmachungen befassen, deren Abschluß nach der Empfehlung der Völkerbundsversammlung vom September letzten Jahres den Mitgliedern empfohlen wurde. Die englische Regierung stellt als Muster für die Schiedsgerichtsverträge und die regionalen Sicherheitsabkommen die Locarnoverträge hin. Weniger der Inhalt des englischen Memorandums ist wichtig, als vielmehr die Tatsache, daß England großen Wert darauf legt, bevor die Verhandlungen des Sicherheitskomitees wieder aufgenommen werden, den englischen Standpunkt noch einmal in aller Form zu präzisieren und dadurch zu vermeiden, daß die Sicherheitsfrage und die Auslegung der Artikel des Paktes (vor allem Artikel 11, 12 und 16) auf Bohnen gelenkt werde, auf die die englische Politik nicht einzugehen gedenkt.

Rumänien stabilisiert.

Feg. Bukarest, 17. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) „Curentul“ meldete gestern, das Finanzministerium habe beschlossen, den Lei auf dem Kursniveau von 4 Goldentimes zu stabilisieren. Diese Nachricht rief in Industrie und Handelstreffen Beunruhigung hervor, da man von einer Stabilisierung schwere Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben befürchtet.

Der militärische Sozialist.

Paul Boncour ist in Frankreich ein sehr einflussreicher Mann. Von Beruf ist er ein gewandter Advokat, der politischen Ueberzeugung nach ein ebenso gewandter wie wandlungsfähiger Sozialist. Als Sozialist ist er Pazifist für die — anderen. Da er aber auch Franzose ist, so ist er gleichzeitig Nationalist und Militarist, als welcher er die größte Militärvorlage, die die Geschichte kennt, gegen den negativen Widerpruch seiner Parteifreunde in der französischen Kammer durchgebracht hat. Auf Grund dieses Wehrgesetzes kann das ganze französische Volk, Männer und Frauen, mobilisiert werden, um den heiligen Boden Frankreichs mit der Waffe zu verteidigen. Paul Boncour genügt diese Sicherheit nicht; er hat sich auch dafür eingesetzt, daß die Ostgrenze Frankreichs, vom Kanal bis zur Schweizer Grenze, mit einem einzigen Betonpanzer ausgestattet wird. Trotzdem oder gerade deswegen ist Paul Boncour ein hervorragendes Mitglied der französischen Völkerverbände. Da er außerdem auch noch Vorsitzender des Kammerausschusses für Auswärtige Angelegenheiten ist, also immer im engen Zusammenhang mit Briand arbeitet, so muß er über die wirklichen Ziele der französischen Außenpolitik zuverlässig unterrichtet sein. Es ist wahrhaft bewundernswert, allerdings vom französischen Standpunkt aus, wie er für die besondere französische Auffassung im Ausland wirkt. Da hatte er vor Jahr und Tag mit Vertretern der deutschen Sozialdemokratie in Luxemburg eine Zusammenkunft, bei welcher Gelegenheit ausgiebig über die Räumungsfrage gesprochen wurde. Welches Ergebnis Paul Boncour dabei erzielt hat, das hat er vor einigen Wochen dem Kammerausschuss mitgeteilt, als er ausführte, daß auch die deutsche Sozialdemokratie damit einverstanden sei, daß die Räumung der besetzten Gebiete nur erfolgen könne, wenn Deutschland sich mit der dauernden Bewachung der entmilitarisierten Zone zu beiden Seiten des Rheines einverstanden erkläre. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat diese Auslegung Paul Boncours abzuschwächen versucht, ohne aber Paul Boncour von dieser anderen Auslegung überzeugt zu haben. Im Gegenteil: Paul Boncour hat sich den Auftrag einer Pariser Mittagszeitung gegeben, die deutsche Sozialdemokratie, die die Räumung der besetzten Gebiete ohne Gegenleistung nicht in Frage komme. Nun bestimmt der Versailler Vertrag, daß die zweite Zone am 10. Januar 1930 geräumt werden muß, wenn Deutschland seine Verpflichtungen bis dahin regelmäßig erfüllt hat. Daß dies der Fall sein wird, ist sicher, so daß auf der anderen Seite Frankreich zur Gegenleistung, der Räumung, verpflichtet ist. Es scheint nun so, daß die französischen Militärs sich hinter die Politiker gestellt haben, um zunächst einmal die Räumung der zweiten Zone zu verhindern. Paul Boncour erkennt ganz richtig an, daß es für den Frieden Europas unerträglich ist, daß die Truppen des einen Landes das Gebiet des anderen Landes besetzt halten. Also muß die Räumung kommen, zumal diese im Geist der Locarno-Verträge von beiden Seiten vereinbart und zugesagt worden ist. Wir wissen heute, wie schwer es der deutschen Regierung gewesen ist, den Abzug der 10 000 Mann durchzuführen, obgleich diese Verminderung der Besetzung für die Bevölkerung kaum spürbar geworden ist. Paul Boncour wirft nun mit einmal wieder die Sicherheitsfrage auf den Tisch Europas. Er behauptet, daß die Räumung Gegenleistungen voraussetze, die die Sicherheit Frankreichs verbürgen. Nun sind die Locarno-Verträge nicht nur ein Pakt zwischen Deutschland und Frankreich, denn auch England hat sich für sie verbürgt, damit auch für die Diktoren Frankreichs, so wie sie der Versailler Vertrag gezogen hat. All das genügt Paul Boncour für die Sicherheit Frankreichs nicht. Er zieht den Versailler Vertrag aus der Schublade, der Frankreich „heilig“ ist, da in diesem Vertrag einseitig von der Entmilitarisierung der Rheinlande die Rede ist, so muß immer nach Paul Boncour auch diese Entmilitarisierung zu einer dauernden Einrichtung gemacht werden. Allerdings soll die Beaufsichtigung dieser Zone künftig dem Völkerverbund unterliegen, was Paul Boncour durchaus für annehmbar hält. Nun übersteht der französische Sozialist eine Kleinigkeit: wenn der Versailler Vertrag schon in einem Teile buchstäblich ausgeführt werden soll, so muß er es auch in dem anderen Teil. Das gilt vor allem für die Entwaffnung, die wieder nach dem Versailler Vertrag nicht auf Deutschland allein beschränkt werden

sollte. Wichtig aber ist in dem Zusammenhang, ob der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Luxemburg sich tatsächlich die Thesen Paul Boncours zu eigen gemacht hat. Diese Thesen laufen darauf hinaus, daß nur die entmilitarisierte Zone Deutschlands sich einer Aufsicht durch den Völkerverbund zu unterwerfen hat, während diese Aufsicht über eine entmilitarisierte Zone Frankreichs nicht in Frage kommt. Das ist auch die Auffassung Paul Boncours, der fast wie zum Hohne mittelbar hinzufügt, daß es ja in Frankreich eine entmilitarisierte Zone nicht gäbe. Das ist in der Tat richtig, denn nach dem neuen Wehrgesetz Frankreichs wird die Grenze von Düren bis Basel auf einer Breite von 50 Km. aufs schwerste befestigt.

Der Panamerika-Kongreß.

Auf dem panamerikanischen Kongreß, der soeben feierlich in Havanna eröffnet worden ist, sind nach fünfjähriger Pause zum sechsten Male die Vertreter aller amerikanischen Staaten nördlich und südlich des Äquators versammelt. Keiner von ihnen ist so eindrucksvoll und mit einem solchen Aufwand an äußerem Glanz vertreten, wie die Vereinigten Staaten, deren Präsident Coolidge selbst, umgeben von zwei Ministern und einem Stabe der besten Köpfe seines Landes auf einem Kriegsschiffe in der Hauptstadt seines Vorkolonienstaates Cuba eingetroffen ist. Das ist ein Aufgebot an Repräsentation, das sogar die Vertretung der Vereinigten Staaten in Versailles übertrifft und die Bedeutung des Kongresses auf Havanna für die Politik Washingtons unterstreicht. Nordamerika kämpft hier um die Fortsetzung seiner traditionellen Außenpolitik, die durch sein Eingreifen in den Weltkrieg lediglich unterbrochen worden ist und deren Ziel, verschleierte durch die Thesen der Monroe-Doktrin die Schaffung einer panamerikanischen Staatenunion unter der Vorherrschaft Washingtons ist. Deshalb ist die wichtigste Frage auf dem Programm des Kongresses nicht so sehr der Konflikt zwischen Nordamerika und Nicaragua, über den trotz der Absichten einiger lateinamerikanischer Staaten in der Öffentlichkeit kaum ernsthaft gesprochen werden dürfte, sondern vielmehr die Frage der festeren Verknüpfung des vorkolonialen noch losen Gefüges der Panamerika-Union zu einem Gebilde nach Art des europäischen Völkerverbundes. Gelingt es Nordamerika, das vorgezeichnete Schiedsgerichtssystem auf interamerikanische Fälle zu beschränken und unter Anrufung der Monroe-Doktrin den Haager Schiedsgerichtshof als letzte, übergeordnete Instanz auszuscheiden, so würde dies einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zu einer gesamtamerikanischen Staatengruppe unter nordamerikanischer Führung und eine weitere Abriegelung des amerikanischen Kontinents gegen Europa bedeuten. Ein Sieg der lateinamerikanischen Staaten, die das Uebergewicht Nordamerikas durch Anlehnung an Europa auszugleichen bestrebt sind und infolgedessen als oberste Schiedsgerichtsinstitution den Haager Schiedsgerichtshof festgelegt wissen wollen, würde dagegen eine, wenn auch schwache Brücke nach Europa bestehen lassen. Von den übrigen Fragen, die den Kongreß beschäftigen werden, ist aus dem europäischen Gesichtswinkel gesehen, nur die Frage der Einwanderung von Bedeutung, die Nordamerika für den ganzen Kontinent im anti-europäischen Sinne gelöst sehen will. Die europäischen Einwanderer sollen überall so rasch als möglich naturalisiert und ausgiebig werden. Angesichts der seit dem Kriege immer stärker gewordenen wirtschaftlichen Durchdringung auch der lateinamerikanischen Staaten darf als wahrscheinlich angenommen werden, daß sich der Standpunkt Washingtons in Havanna in sehr weitgehendem Maße durchsetzen wird.

Bezeichnende Zwischenfälle.

(Eigener Kabeleinstich der „Badischen Presse“.)

E.E. New York, 17. Jan. Vor Eröffnung des panamerikanischen Kongresses in Havanna erwiderte das Verbot des Präsidenten von Cuba, Machado, für die cubanische Presse, Kommentare über die Vergewaltigung Nicaraguas durch Nordamerika zu veröffentlichen, einen fatalen Eindruck. Ebenso wie die Deportierung des Delegierten von Haiti und eines Korrespondenten des Pariser „Matin“ in Haiti, die beide wegen der Vergewaltigung Haitis und San Domingos durch Nordamerika protestiert hatten. Mexiko unterlag seinen Delegierten, irgend welche Vorstellungen wegen Nicaraguas zu erheben. Dagegen übermittelte die Delegierten für Argentinien, Brasilien, Uruguay und Columbien Proteste gegen die Ermächtigung des Nordens in die inneren Angelegenheiten Mittelamerikas. Die Retierungen Coolidges bezüglich des Desinteresses des Nordens gegenüber den inneren Angelegenheiten der südlichen Nachbarn finden höchst interessante und abfällige Kommentare.

Das neue lettische Kabinett.

Riga, 16. Jan.

Das nach vielen Streitigkeiten gebildete neue lettische Kabinett wird sich bereits am Freitag dem Parlament vorstellen und seine Regierungserklärung abgeben. Im Hinblick auf die litauisch-polnische Spannung interessieren natürlich vor allem die außenpolitischen Pläne des Kabinetts Juraskewski. Wie aus der bereits im Entwurf vorliegenden Regierungserklärung hervorgeht, wird der außenpolitische Kurs der neuen Regierung unverändert sein. Die Regierung tritt für gute Beziehungen zu allen Ländern ein und will auf engere Bindungen mit den Staaten, die ebenso wie Lettland an der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit interessiert sind, den größten Wert legen. Hieraus ergibt sich insbesondere auch die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der baltischen Staaten. Damit würde das neue Kabinett außenpolitisch den von dem früheren Außenminister Juraskewski eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Uebrigens wird der Plan eines baltischen Dreiebundes für die nächste Zukunft nicht ungünstig beurteilt, da der litauisch-polnische Streit insbesondere Litauen von der Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses der baltischen Staaten schon jetzt überzeugen haben dürfte. Im Augenblick scheint allerdings noch die hier infolge der eigenartigen Haltung Litauens in der Frage des Abbaues der Litau-Romper-Bahn eingetretene Mißstimmung einer litauisch-litauischen Annäherung im Wege zu stehen. Hier aber dürfte es vor allem der Geschicklichkeit des neuen Außenministers bald gelingen, auch diese Klippen zu umschiffen, da er sich als ehemaliger Gesandter in Litauen großer Beliebtheit in Romwa zu erfreuen scheint, was aus den zufriedenen Aeußerungen der litauischen Presse über seine Berufung als Außenminister zur Genüge hervorgeht. Außerdem ist auch gerade Balod der rechte Mann für die Idee der Verwirklichung des baltischen Dreiebundes, da er während seiner Tätigkeit als Gesandter in Romwa bereits in diesem Sinne nicht ohne Erfolg gewirkt hat. Ob Balod auch in Romwa auf dasselbe Entgegenkommen rechnen kann, bleibt dahingestellt, da dem neuen lettischen Kabinett in nicht geringem Maße Polenfreundlichkeit nachgesagt wird. Immerhin aber dürfte man bei einiger Ueberlegung auch in Romwa zu der Einsicht kommen, daß die Freundschaft Polens mit mehr oder weniger Gefahr für die Unabhängigkeit der kleinen Randstaaten verbunden ist, was das litauische Beispiel nur zu deutlich beweist. Es ist daher insbesondere auch in dieser Hinsicht ein durchaus verständlicher Programmpunkt des neuen Kabinetts Juraskewski, den polnischen Plänen auf Schaffung eines baltischen Völkerverbundes unter polnischer Vorherrschaft die Idee der Verwirklichung eines baltischen Dreiebundes auch weiter entgegenzusetzen. Denn letztendlich ist der baltische Dreiebund doch ein Gebot des Selbsthaltungstriebes, da man in den baltischen Staaten sehr gut weiß, daß nur in einem solchen Bunde jeder Staat gleiche Rechte genießen und seine Unabhängigkeit wirksam schützen könne. In Polen wird man natürlich nicht untätig sein, diesen Plänen entgegenzutreten. Man scheint sich hierbei schon der englischen Hilfe zu versichern zu wollen, was man daraus schließen kann, daß in Warschau zuerst viel von einem Besuch Chamberlains die Rede ist, der angeblich in der polnischen Hauptstadt das Randstaaten-Problem aus eigener Anschauung studieren will. Es dürfte sich daher schon in aller nächster Zeit entscheiden, ob die neue lettische Regierung wirklich so viel Schwungkraft besitzt, um ihre außenpolitischen Ziele zu verwirklichen. Interessant ist übrigens, daß Lettland auch zu Russland gute Beziehungen aufrecht zu erhalten gedenkt, da in unterrichteten Kreisen ausdrücklich betont wird, daß der lettisch-russische Handelsvertrag korrekt durchgeführt wird.

Innenpolitisch hat sich die Regierung vor allem die Bekämpfung der tief eingetragenen Korruption zum Ziele gemacht. Daß dieses Ziel energig verfolgt wird, dafür ist der Deutschbaltische Rechtsanwalt Magnus auf dem Posten des Justizministers die beste Gewähr. Im übrigen aber wird auch der Totsache, daß nach sechs Jahren wieder einmal ein Vertreter des baltischen Deutschtums auf einen wichtigen Ministerposten gesetzt wird, große Bedeutung zugemessen. Es ist dies ein herberes Zeichen dafür, daß man auch in Lettland die staatsrechtlichen Kräfte des Deutschtums immer mehr schätzen gelernt hat und ihre Vertreter zur Mitarbeit am Staate heranzieht. Dies wird Lettland, das in den letzten Jahren bekanntlich der Parole „Lettland den Letten“ huldigte, sicher nicht zum Schaden gereichen. Alles in allem scheint die Kabinetsbildung eine gute Lösung darzustellen, jedoch nach den langen Wochen der Krise und der Ungewißheit Lettland nun wieder hoffnungsvoller in die Zukunft blicken kann.

Ein echter Armer.

Russische Groteske.

Von

Michail Kosyrow.

„Ja, ich bin eben so ein echter Armer und nicht ein zusammengebastelter. Uns, echte Arme, gibt es im ganzen Dorfe nur drei Mann. Wenn irgend eine Unterstützung kommt, dann melden sich immer mehrere, weil der Mensch listig ist, und jeder sich gern für arm ausgibt. Aber außer uns dreien sind die anderen nur so zusammengestellt. Die Komitees verstehen es nicht, aber ich weiß auf den ersten Blick, wer wirklich arm ist, und wer nur gebastelt. Wie gelangt der Gebastelte in das Komitee und sagt direkt: „Ich brauche ein Pferd, ich brauche eine Kuh.“
Was weiß aber der echte Arme, was er zuerst braucht? Unsere ganze Wirtschaft ist ein einziges Loch — das ist das erste Zeichen. Und hier ist das zweite: der Gebastelte hat das Seine bekommen, geht weg und man sieht ihn nicht mehr. Ein echter Armer aber, wie ich geht nicht weg. Bei seiner Armut könnte er immer noch etwas abfragen. Er bleibt so lange, bis man ihn fortjagt. Das dritte Zeichen erkennt man an der Lebensweise selbst. Den Gebastelten sieht man nie in der Kneipe. Er hat ja wenig Sorgen. So ein echter Armer aber geht aus der Kneipe gar nicht heraus — weil ihm das Herz vor Armut brennt, und er Trost braucht.
Das vierte Zeichen — davon will ich dir eben erzählen. Das vierte Zeichen ist so, daß ich seinetwegen leiden muß und jede Unterstützung für immer verloren habe!
Das hat im Frühjahr begonnen. Es gab Unterstützung von der Regierung: die Ausrüstung umsonst. Wir drei kommen also alle erhe.
„Wieviel Saat braucht ihr?“ fragt man uns.
„Ich antwortete für alle.“
„Wir sind die wirklichen Armen und nicht irgendwelche. Wir brauchen möglichst viel.“
„Für wieviel Morgen denn?“
„Ja, sage ich, wie euer Gnaden wünschen. Wir nehmen auch für hundert Morgen.“
Sie verstehen wieder nicht:
„Habt ihr viel Nichtiges?“
„Bei uns“ sage ich, „ist das ganze Feld nicht gefät.“
Es gab eine reine Verständnislosigkeit. Trotzdem haben sie uns je fünf Zentner gegeben und von jedem eine Quittung genommen. Einer der unfieren sagt: „Daß die es nur nicht zurückverlangen.“
„Was?“ sage ich, „das gibt es ja gar nicht.“
„Nun wir haben es genommen. Was sind aber fünf Zentner bei unserer Armut? Ich bringe sie nach Hause, denke: wenn ich ausläse, so habe ich keinen Pflug, um zu pflügen. Besser ist es, ich verkaufe die Saat. Hier kam gerade ein Nachbar, gab mir Geld dafür — es reichte gerade für einen Pflug. Aber wozu brauche ich

einen Pflug, wenn ich kein Pferd habe? Ich ging also in das Komitee der gegenseitigen Hilfe.
„Kann ich nicht von Ihnen Unterstützung für ein Pferd haben?“
„Wieviel brauchst du?“
„Wieviel euer Gnaden bewilligen.“
„Na, 35 Rubel haben sie gegeben — und wieder eine Quittung. Ich zahlte das Geld nach, sehe, es reicht für das Pferd, aber ich habe keinen Pflug und nichts zu säen. Ich gehe also in die landwirtschaftliche Genossenschaft. Ich bin ein Armer,“ sage ich, „gibt mir einen halben Hunderter zur Unterstützung der Wirtschaft.“
Die Hälfte wird auch genügen!
Ich, bei meiner Armut, verachte auch die Hälfte nicht. Ich gehe also nach Hause und gucke mir meinen Hof an: Lauter Trümmer und kein Hof. Wie soll ich ein gutes Pferd zwischen diese Trümmer stellen? Und die Hälfte erst! In einer solchen Hütte kann nur ein Armer ohne Saat und ohne Pferd vegetieren. In so einer Hütte kann man nicht leben! Da verzweifelte ich eben. Es war gerade lo gegen Oftern. Ich komme in die Kneipe, und die anderen beiden verzweifeln auch schon, sitzen dort schon lange.
„Weshalb?“ frage ich.
„Ich,“ sagt der eine, „habe Vorhuf für eine Kuh bekommen. Wozu brauche ich aber eine Kuh, wenn ich keine Milch trinke?“
„Und ich,“ sagt der andere, „habe Geld fürs Bauen bekommen, was soll ich aber bauen, wenn es mir im Herzen brennt, und ich scheindar bald sterben werde.“
Die Bauern haben schon längst gepflügt, wir aber verzweifeln; sie haben gefät, wir verzweifeln aber immer noch. Die Leute ernten — und wir haben schon nichts mehr, womit wir verzweifeln könnten.
„Wo kann,“ denken wir, „unserer noch Unterstützung bekommen?“ — Da kam aber nicht nur keine Unterstützung, sondern eine volle Konturrevolution gegen die Armut. Zum Herbst kommen alle drei Komitees:
„Gebt die Schulden zurück.“
„Woher soll ich's nehmen? Ich bin doch ein echter Armer.“
„Zahle Projekte.“
„Wozu soll ich denn zahlen, wenn ich nichts habe?“
„Wir werden dir dein Gut beschlagnahmen.“
„Ich lachte nur: „Beschlagnahme!“
„Warum hast du das Pferd nicht gekauft, warum keinen Pflug. Warum hast du das Feld nicht gefät?“
Und ich sage ihnen doch: ein Armer, ein echter Armer, von Geburt aus und nicht irgend so ein zusammengestellter! — Warum ich nichts habe? Wo hat man denn gesehen, daß ein wirklicher Armer etwas hat?
„Du hast doch Vorhuf genommen!“
„Ja, weil ich arm bin.“
Sie schüttelten den Kopf und gingen fort.
„Na, lachten wir damals in der Kneipe! Aber es kam nicht zum Lachen.“
Wir kommen zum Herbst in das Komitee: „Helft uns bis zum Frühjahr“

Und sie: „Für euch gibt es nichts.“
„Wieso denn das?“
„Ihr habt die alte Schuld nicht bezahlt.“
„Da hast du's. Das ist eben das vierte und letzte Zeichen, wonach man einen wirklichen Armen erkennt. So ein gebastelter Armer, der wird euch der Vorhuf zurückzahlen, und die Projekte dazu, aber unfireiner, ein echter Armer — niemals!“
(Uebersetzen von M. Charol.)

Von der Universität Heidelberg, Professor Dr. Heinrich Schmitthener hat einen Ruf als außerordentlicher planmäßiger Professor für Kolonialgeographie und Kolonialpolitik nach Weipzig erhalten.

4. Volks-Sinfonieorchester des Badischen Landestheaterorchesters. Neben instrumentalen Werken von Joseph Haydn und Wolfgang Amadeus Mozart stand die Uraufführung der dritten Sinfonie in A-Dur von Johanna Senfter. Viele Komponisten, in Oppenheim am Rhein geboren, ist, wie das Werk auch zeigt, aus der Schule Max Regers hervorgegangen und hat sich auf den verschiedensten Gebieten des musikalischen Schaffens betätigt. Mit ihrer A-Dur-Sinfonie errang sie in Karlsruhe einen starken Erfolg. Langanhaltender Beifall, getragen von Anerkennung und herzlicher Wärme, rief sie immer wieder auf das Podium. Ihr Werk zeigt im einzelnen wie im ganzen ein technisches Können, das hohe Achtung abtut. Wie sie die vier Sätze formt, einzelne Teile darin mit fast männlicher Energie nicht nur rein klanglich steigert, wie sie die Orchestertechnik beherrscht, was sie daneben an kontrapunktlicher Arbeit liefert, das läßt nach der musikalisch-technischen Seite hin auf eine Begabung schließen, die in dem Ausmaß des Willens und Könnens bei schöpferisch tätigen Frauen auf dem Gebiete der Musik ganz selten ist. Leider ist ihr aber diese fast dreiviertel Stunden dauernde Sinfonie für großes Orchester viel zu lang und zu breit geraten. Das thematische Material, oft an Reger und andere gemahnend und nicht immer persönlich und ausdrucksstark genug für ein so groß angelegtes Werk, reicht nicht aus. Und so erlahmt oft das Interesse. Am schwächsten erscheint uns das Scherzo; im dritten, langsamem Satz erklingt viel warme Musik, die auf ein erstes und von tieferen Quellen gepeinigtes Empfindungsleben schließen läßt. Kapellmeister Rudolf Schwarz, der zuvor sauber und klar geformt die berühmte Londoner Sinfonie von Joseph Haydn brachte, vermittelte dieses Werk mit fühlbarer Anteilnahme und unter Einsetzung seines ganzen Könnens. Da es sich etwas volle und die Instrumentation hätte zugunsten einer größeren Klarheit der einzelnen Klangzüge eine stärkere Abbedung erfahren können. Joseph Weiszer, der gefeierte Solist des Abends, spielte das Violinconcert in A-Dur von Wolfgang Amadeus Mozart wundervoll, über alles Technische braucht bei ihm nicht gesprochen zu werden; es mag genügen, seine warme Art zu musizieren und seinen blühenden, vollen Eigenton hervorzuheben. Er hat für Mozart die entsprechenden Ausdruckskräfte bereit. Schon bei seinem Erscheinen begrüßt, konnte er zum Schluß viele Male für den Beifall danken.

Henkell

auch quantitativ

Erster!

6 Millionen Flaschen in Glas und Faß betragen durchschnittlich unsere Sektvorräte

Diese Reserven auf einer Grundfläche von 50 qm aufeinander gesetzt, ergeben einen Flaschenstapel, der den Kölner Dom um 90 m überragt.

Keine andere deutsche Kellerei verfügt über die gleichen ungeheuren Bestände.

HENKELL & CO

Gegr. 1832. Seit fast 100 Jahren in ausschliesslichem Besitz und unter persönl. Leitung der Familie Henkell



General-Vertretung und Niederlage: WEINKELLEREI ESTEIMANN, KARLSRUHE, Herrenstraße 10/12, Fernsprecher 4724/4725.

Freiburger Lebensfragen.

Ausbau der Elzalbahn. — Der Bau der Schauinslandbahn gesichert. — Verlegung der Höllentalbahn. — Die Theaterfrage.

st. Freiburg-Littenweiler, 16. Januar.

Zu Anschluß an die Hauptversammlung des Lokalvereins Littenweiler fand am Sonntag in der „Krone“ im Borort Littenweiler eine Sitzung und Aussprache des Verbandes der Lokalvereine des Stadtgebietes von Freiburg statt. Vertreten waren die Oberstadt, Unterstadt, Viehre, Oberwiehre, Littenweiler, Beckenhäuser und Haslach; vom Städtischen Verkehrsamt war Verkehrsleiter Dufner erschienen. Der Leiter der Konferenz, Professor Dr. Friedländer, bedauerte, daß nicht auch ein Beauftragter des Oberbürgermeisters sich eingefunden hätte. Zunächst nahm Verkehrsleiter Dufner das Wort, um die augenblickliche wirtschaftliche Lage der Stadt Freiburg zu skizzieren. Dabei betonte er, daß die in der Stadt Freiburg zu realisierenden Bauarbeiten, die in der Folge der Abschüttung den Anschließern nach Westen verloren hätten, heute es, sich umorientieren und dem Verkehr mit dem Osten die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn aber in dieser Hinsicht praktische Arbeit geleistet werden solle, müsse das Bahnhöf, vor allem die Elzalbahn, ausgebaut werden. Freiburg habe veräußert, rechtzeitig Vergleichen zu bauen, um den Fremden auf bequeme Art die Schönheit des Stadtbildes und der umgebenden Landschaft ausstoßen zu lassen. Andere Städte, wie z. B. Baden-Baden und Heidelberg, seien da viel weislicher gewesen. Eine Bahn auf den Schloßberg hätte man schon vor Jahrzehnten bauen müssen, verkehrspolitisch betrachtet, sei im Augenblick die Errichtung einer Schauinslandbahn von größerer Wichtigkeit. Noch manches gebe es zu tun, das Veräußerte nachzuholen, und wenn man zum Ziel kommen wolle, dürfe man nicht alles der Tätigkeit des Rathauses überlassen, sondern die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung sei ein Gebot der Notwendigkeit.

Architekt Mühlbach unterzog dann den Bebauungsplan von Freiburg einer kritischen Betrachtung. Die Straßensituation lasse viel zu wünschen übrig, auch werde der Mangel an ausreichenden Hauptverkehrs- und Durchgangsstreifen für den Kraftwagenverkehr bitter empfunden. Hoffentlich würde die Anlage von Zufahrtsstraßen zur „Sarraba-Strasse“ eine Besserung bringen. Besonders unerlässlich sei eine großzügige Durchgangsstraße West-Ost mit Einlenkung an der Dreifam, allerdings werde die Ueberquerung der Hauptbahnlinie einige Schwierigkeiten bereiten, um so mehr als die Reichsbahn wenig Entgegenkommen zeige. Ebenso notwendig sei eine direkte Straßenerbindung vom Borort Haslach nach dem neuen Industrieortel. Zu der Erbauung der Bergbahn auf den Schauinsland erklärte der Redner, daß die bestehenden Schwierigkeiten nun behoben und der Bau der Bahn gesichert sei. Auch die Finanzierung könne als geregelt gelten, die Stadt werde damit finanziell nicht belastet, sie erhalte im Gegenteil das zum Bahnbau zur Verfügung gestellte Gelände ganz bezahlt. Lediglich eine kleine Anleihe im Betrag von 120 000 M bezahle man noch und diesen Betrag hoffe man in der Bürgerkassa durch die Ausgabe von Aktien leicht aufzubringen.

Bauinspektor Scherb brachte im Namen des Lokalvereins Viehre die Wünsche nach baldiger Verlegung der Höllentalbahn und die Wiedererrichtung einer Haltestelle an der Hauptbahn bei der Bafeler Landstraße zum Ausdruck. Die Stadtverordneten Beiräte und Verkehrsleiter Dufner betonten, daß es den Bemühungen von Oberbürgermeister Dr. Bender zu danken sei, wenn mit dem im Fluß befindlichen Umbau des Hauptbahnhofes endlich auch die Verlegung der Höllentalbahnlinie durchgeführt werde.

Am Schluß der Besprechung wurde die Theaterfrage angesprochen. Dr. Winkler vom Lokalverein Oberstadt, der dazu das Wort ergreift, ist der Ansicht, daß die neueste Auslastung des Stadttheaters über den Stand des Stadttheaters einer Banterotterklärung gleichwertig sei. Die steigenden Unkosten und Zuschüsse legten den Gedanken nahe, einen Pächter für das Theater zu suchen. Auch Dr. Scherb vom Lokalverein Littenweiler trat dafür ein, daß man angesichts des gemäßigten Festbeitrags den Theaterbetrieb einem Privatmann anvertraue. In Baden habe man damit die besten Erfahrungen gemacht. Die Dekorationen verschlängen viel zu viel Geld und dem Mittelstand sei es infolge der hohen Eintrittspreise kaum mehr möglich, das Theater zu besuchen. Rechtsanwalt Selner vom Lokalverein Unterstadt betonte, man habe in den letzten 10 Jahren beim Stadttheater eine übermäßige Stellen- und Titelpolitik getrieben. Die übertriebene Schaffung von neuen Stellen und die pompösen Titelverleihungen hätten die entsprechenden Gehaltserhöhungen im Gefolge gehabt und den Theaterhaushalt ungebührlich hoch belastet. So dürfe es nicht weitergehen. Alle überflüssigen Stellen seien auszumergen genau so wie bei jedem privaten Unternehmen, dem die Ausgaben über den Kopf wüchsen. Die zu hohen Eintrittspreise trügen die Hauptlast an dem Verschleiß weiter Volkstheater. Man beschloß, das Theaterproblem an einem vom Verband der Lokalvereine anberaumten späteren Termin einmal ausführlich zu behandeln.

Die Erneuerung der Stühlinger Brücke.

Freiburg, 17. Jan. Die Eisenbahnüberführungsbrücke an der Wilhelmstraße, die die Unterstadt mit dem Städtel Stühlinger verbindet, ist im Mittelstück einer durchgreifenden Reparatur unterzogen worden. Daß die im Jahre 1888 erbaute Eisenbahnüberführungsbrücke jetzt schon einer gründlichen Erneuerung bedürftig, liegt in ihrer Eigenart als Ueberführungsbrücke einer vielbenutzten Eisenbahnlinie. Täglichlich fließt sie den unter ihr durchlaufenden Wagen preisgegeben; die den Lokomotiven entströmenden Rauchschwaden entfallen aus der Kohlenverbrennung schwerelohaltige Gase, die das Eisenblech im Laufe der Jahre trocken alle Farbanstriche mit Rost durchziehen. Eine unmittelbare Gefahr für die Brücke bestand zwar noch nicht, aber im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit glaubte das Reichsbahndirektorat im Spätherbst des abgelaufenen Jahres mit der alsbaldigen Erneuerung des gefährdeten Brückenteils nicht mehr länger zuwarten zu dürfen. Die Reparaturarbeiten nahmen ihren Anfang in den letzten Novembertagen des abgelaufenen Jahres, sie sind am Samstag nach unangeführter schwebender Dauer beendet worden. Der reparaturbedürftige Abschnitt der Brücke hat neue Eisenträger und eine Abdeckung gegen das von oben über die Regenwasser erhalten. Die Befestigung hat man der besten Haltbarkeit wegen mit Zement ausgegossen. Sobald der Zement die nötige Festigkeit erlangt hat, wird der durch Umstößen anrecht gehaltene Straßenbahnverkehr nach dem Stühlinger und dem Borort Haslach wieder durchgehend aufgenommen. Voraussichtlich kann das noch in der laufenden Woche spätestens am nächsten Sonntag erfolgen.

Erstellung einer neuen Brunnenanlage.

Freiburg, 17. Jan. Die Stadt Freiburg läßt auf der Gemarkung Kirchzarten eine neue Brunnenanlage erstellen, die in ihren Vorarbeiten schon beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Es sind im ganzen drei große Schächte vorgesehen. Der Hauptschacht wird einen Durchmesser von zwei Metern haben; bei ihm wurde bisher eine Tiefe von 7 Metern erreicht. Alle Schächte werden dann durch Quertunnel miteinander verbunden werden. Das zu gewinnende Wasser wird als durchaus kalkarm und daher sehr weich bezeichnet. Durch die neue Anlage rechnet man damit, täglich etwa 12 1/2 Millionen Liter Wasser zu gewinnen, wodurch mindestens 40 000 Menschen mit tadellosem Trinkwasser versorgt werden können.

Motor und Pferd.

Förderung der Pferdezuucht im Bezirk Bretten

Bretten, 15. Jan. (Eigener Bericht.) Auf dem Neubau bei Bretten fanden sich am heutigen Sonntag die Mitglieder der Pferdezuuchtgenossenschaft Bretten in stattlicher Anzahl zur diesjährigen Genossenschaftsversammlung ein; sehr erfreulich war dabei, daß viele Landwirte, die zukünftigen Träger der Landwirtschaft, anwesend waren. Besonders begrüßt der Obmann, Bezirksleiter Dr. Hall, den Präsidenten des Verbandes der Unterbadischen Pferdezuuchtgenossenschaften, Freiherrn von Gölter-Schatthausen, Landrat Dr. Pfister-Bretten, Veterinär Dr. H. Heidelberg, den Vizepräsidenten des Pflanzgenossenschaftsverbandes, Gutsbesitzer Mertion, Kreisökonomierat Geiß, die Vertreter verschiedener Behörden der Stadt Bretten u. a. Dann brachte Dr. Hall den Jahresbericht zur Kenntnis der Versammlung. Einleitend betonte er, die Behauptung, der Motor verdränge das Pferd, sei falsch, denn die Zahl der Pferde habe im letzten Jahre in ganz Deutschland um eine Million zugenommen, dagegen lägen 40 Prozent der Lastwagenkraft. In den Städten könne das Pferd durch den Motor ersetzt werden, auf dem Lande aber nicht. Die Genossenschaft habe sich an der landwirtschaftlichen Ausstellung in Ettlingen beteiligt, ebenso an der Prämierung des Pflanzgenossenschaftsverbandes. Mit dem beidermaligen erzielten Erfolge könne man zufrieden sein.

Pferdezuucht und Verkaufsmöglichkeit.

Großen Beifall und allgemeine Anerkennung fand der nun folgende Vortrag des Veterinärates H. Heidelberg über wichtige Fragen der Pferdezuucht und des Abzuges der Zuchtprodukte. Zunächst gab der Redner eine kleine Uebersicht über die Pferdezuucht und Pferdehaltung in Baden. Baden ist bekanntlich ein stark industrialisiertes Land. Die badische Landwirtschaft kann die Bevölkerung des Landes nur während vier Monaten des Jahres selbst ernähren. Die Lebensmittel für die übrigen acht Monate müssen aus anderen Ländern eingeführt werden. Baden ist das typische Land des kleinen und mittleren Betriebes, dafür ist aber der badische Bauer freier Herz auf freier Scholle; er ist kein Pächter, kein Verwalter, kein Tagelöhner, er kann sagen: „Alein aber mein“. Daraus ergibt sich für die Pferdezuucht mancher gute Wink. Baden hat 68 000 Pferde. Damit steht es in den deutschen Ländern an letzter Stelle. Auf hundert Hektar Land treffen in Baden im Durchschnitt 8,5 Pferde, im Reich 13,4 Pferde und im Amtsbezirk Bretten 8,7 Pferde. Jährlich müssen etwa 6 Prozent der Pferde ersetzt werden; es müssen also in unserem Lande 700-800 Pferde neu eingestellt werden. In Bretten müssen jährlich etwa 10 Pferde ersetzt werden. Der Reindetrieb ist bei uns kein Hindernis für die Pferdezuucht, denn der Grundbesitz ist außerordentlich stark zersplittert, die Maul- und Klauenseuche sperrt dazu oft für lange Zeiten die Verwendung des Rindviehes für Feldarbeit, daher ist man auf die Pferde angewiesen. Der Landwirt, der eine Stute hält, zieht auch für die Zucht aus und dann das Fohlen verkauft, handelt rationell. Im Jahre 1927 standen in Preußen 40 Prozent der landwirtschaftlichen Motoren still. Der Motor macht wohl der menschlichen Arbeitskraft Konkurrenz, aber nicht dem Pferde. Der Kaltblutpferdezuucht wurde ein harter Schlag verfehrt durch die Fülle, aber nicht durch den Motor. 85 Prozent der in Deutschland bestehenden Pferde werden in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Belgier machen große Anstrengungen, um ihre Pferde in ganz Deutschland einzuführen. Damit der kleine Landwirt seine Fohlen verkaufen kann, soll der große Landwirt vom Fichten die Finger lassen und dafür die nötigen Fohlen beim kleinen Landwirt kaufen, nicht aber seinen Pferdebedarf bei württembergischen oder bayerischen Händlern decken. Wir müssen bodenständige Pferde züchten, denn das Pferd muß der Scholle entsprechen. Bei uns sind Boden- und Futterverhältnisse für das Kaltblutpferd günstiger als für das Warmblutpferd. Wichtig ist die Fütterung der Fohlen bei der Aufzucht; es ist falsch, den jungen Tieren zuviel Hafer und Heu zu geben, weil sie dadurch zu hochflegelig werden. Dem jungen Fohlen muß Mistfutter in großem Umfang verabreicht werden, dadurch werden die Rippen auseinandergerieben und das Tier bekommt ein breites Nierenstück und breite Beine. Lebenswichtig ist die Weide; das Futter, das dabei das Fohlen sich auf der Weide sucht, enthält die meisten Vitamine und schützt das Pferd gegen die Rachitis und gegen die Vitarmut. Den Verkauf der Fohlen regelt vorzüglich in der hiesigen Gegend der Sinsheimer Fohlenmarkt, der mit Prämierung verbunden ist; dafür werden etwa 1200 Mark ausgegeben. Weiter werden Fohlenversteigerungen veranstaltet. Zugleistungsprüfungen und Hufbeschlagsbewertungen sind sehr zu empfehlen. Außerdem ist eine Verkaufsvermittlung eingeführt.

An den Vortrag schloß sich eine sehr rege Aussprache. Hierauf faßte die Versammlung folgende Beschlüsse: Bei den Prämierungen werden auch die Hufbeschlagsbewertungen eingeführt. Es wird eine Kommission von Preisrichtern eingesetzt, bestehend aus einem Tierarzt, einem Hufschmied und einem Landwirt. Die Zugleistungsprüfungen werden beibehalten. Ferner beschloß die Versammlung die Gründung eines einheitlichen Tierarbeitsrates für ganz Baden.

Freiherr von Gölter-Schatthausen gab seiner Freude über den stattlichen Besuch der Versammlung und den sachlichen Verlauf der Aussprache Ausdruck.

Im Jahre 1928 finden wieder eine staatliche Stutenschau, genossenschaftliche Prämierung, Zugleistungsprüfung und zum erstenmal Hufbeschlagsbewertung statt. Wenn die landwirtschaftliche Ausstellung in Bruchsal im Laufe des Jahres durchgeführt wird, dann wird die Pferdeprämierung des ganzen Pflanzgenossenschaftsverbandes, Bretten, Durlach und Pforzheim umfasst, nach Bruchsal verlegt. Zur Stärkung des Beschlusses werden 20 Prozent von sämtlichen Prämien zurückbehalten; dafür werden Anteilsscheine gekauft, die den mit Prämien bedachten Landwirten gutgeschrieben werden.

Landrat Dr. Pfister hielt hierauf einen Vortrag über die Pferdezuucht im Pflanzgenossenschaftsverband und zwar über das Photographieren der Tiere, das keine Spielerei sei, sondern dazu diene, Anschauungsmaterial zu schaffen. Zum Schluß gab er seinem Bewußtsein darüber Ausdruck, daß er zum letztenmal in amtlicher Eigenschaft an der Pferdezuucht-Genossenschaftsversammlung teilnehmen könne; er danke allen Anwesenden für die ihm jederzeit bewiesene Unterstützung. Obmann Dr. Hall betonte die große Arbeit, die Landrat Dr. Pfister im Interesse der ganzen Landwirtschaft geleistet hat, und sprach ihm dafür den herzlichsten Dank aus. Die Hauptversammlung des Verbandes unterbadischer Pferdezuuchtgenossenschaften findet im April in Bretten statt. Den Schluß der Versammlung bildete die Vorführung von 300 Photographen über die Pferdezuucht im Pflanzgenossenschaftsverband und im ganz Unterbaden.

Zur Bluttat in Ruchsen.

Ruchsen (bei Adelsheim), 17. Jan. Ueber die Bluttat in Ruchsen werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

In der Wertschaft „zum Lamm“ saßen am Freitagabend Lammwirt Dreßler, zwei Jägermeister mit einer Frau, der Sohn des verstorbenen Metzgermeisters Käß und ein Reisender aus Nagelsdorf. Die vergnügte Gesellschaft trank eine Flasche Most, die einer der Jägermeister freigeigelt spendiert hatte. Zu später Abendstunde kam der Schärer W. A. L. Meyer, der bei dem Schärerwäpdrer Schreierweis aus Reigheim bedienstet ist, in die Wirtschaft. Lammwirt Dreßler schenkte dem Gast von dem Most ein, verlangte aber später dessen Bezahlung. Nach einigen Hän eieren wurde von Wäpdrermeister der geforderte Betrag von 15 Pfennig bezahlt. Anschließend daran wurden dann die Auseinandersetzungen heftiger, wobei Wäpdrermeister dem Dreßler, der bereits ziemlich angegriffen war, auf seinen Stuhl zurückstieß. Kurz darauf stand Dreßler wieder auf, ging in das Nebenzimmer und ergriff in dem Jagdgewehr in der Hand. Er legte zunächst auf Käß an, der sich jedoch nicht in Sicherheit brachte. Darauf schloß er dem nichtsahndenden Wäpdrermeister eine Schrotladung in die linke Brustseite. Der Getroffene sprang auf und fiel vorwärts zu Boden. Ein Eingreifen der Anwesenden war unmöglich, da sich alles sehr rasch abspielte. Während von einem Jägermeister die Ortsbehörde und die Polizei benachrichtigt wurde, versuchte sich der Täter auf seinem Bett stehend, selbst zu richten. Er gab zwei Schüsse auf sich ab, die aber beide fehlgingen. Der Täter ist 57 Jahre alt und Witwer. Er lebt in seinem Hause ganz allein und gibt als Friseur. Sein einziger Sohn ist im vergangenen Sommer nach Amerika ausgewandert. Der Täter wurde am Samstagabend nach Lauderbachs Hofheim abgeführt.

Freiburg, 17. Jan. (Goldene Hochzeit.) Am Sonntag feierten die Eheleute Adolf Christoph Föhler in körperlicher und geistiger Rüstung ihre goldene Hochzeit.

Forst, 17. Jan. (Verschiedenes.) Im Alter von 78 Jahren starb hier ein Kriegsveteran von 1870/71, Landwirt Johannes Sparrn. — In der Generalfestversammlung des Württembergischen Jägerbundes wurde Jakob Pfahler zum ersten, Paul Blum zum zweiten Vorsitzenden, Heinrich Gredes zum Kassier und Albert Schneider zum Schriftführer. Der Verein zählt gegenwärtig 250 Mitglieder.

Günzburg, 17. Jan. (Gesundene Kaffette.) Im Gutacher Wald wurde von einem Arbeiter, die vor einem halben Jahre in der Bahnhofsverwaltung Weibach entwundene Geldkassette, die einen ziemlich hohen Geldbetrag enthielt, gefunden. Nach dem Aussehen der Kassette zu schließen, dürfte sie nicht seit dem Diebstahl an diesem Ort verloren haben.

Freiburg, 17. Jan. (In den Ruhestand versetzt.) Der dienstälteste Beamte der städtischen Sparkasse, Finanzobersekretär Franz Kopp ist in den Ruhestand getreten. Seit dem 1. November 1888, also fast 40 Jahre lang, war Kopp an der Sparkasse beschäftigt.

Freiburg, 17. Jan. (Arbeitslosenziffer.) Die Zahl der Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Freiburg hat sich in der vergangenen Woche von 2927 auf 3093 erhöht.

Kappel bei Freiburg, 16. Jan. (Warnung.) Auf dem Wege zur Schule liefen sich zwei Schüler auf die Deichsel des Anhängers eines Holzwaagens. Beim Abpringen blieb eines der Kinder mit seiner Bekleidung hängen und kam zu Fall. Das Kind geriet unter den Wagen, dessen Fahrer ihm über das eine Bein und einen Arm gingen. Schwerverletzt liegt das Kind danieder.

den in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Belgier machen große Anstrengungen, um ihre Pferde in ganz Deutschland einzuführen. Damit der kleine Landwirt seine Fohlen verkaufen kann, soll der große Landwirt vom Fichten die Finger lassen und dafür die nötigen Fohlen beim kleinen Landwirt kaufen, nicht aber seinen Pferdebedarf bei württembergischen oder bayerischen Händlern decken. Wir müssen bodenständige Pferde züchten, denn das Pferd muß der Scholle entsprechen. Bei uns sind Boden- und Futterverhältnisse für das Kaltblutpferd günstiger als für das Warmblutpferd. Wichtig ist die Fütterung der Fohlen bei der Aufzucht; es ist falsch, den jungen Tieren zuviel Hafer und Heu zu geben, weil sie dadurch zu hochflegelig werden. Dem jungen Fohlen muß Mistfutter in großem Umfang verabreicht werden, dadurch werden die Rippen auseinandergerieben und das Tier bekommt ein breites Nierenstück und breite Beine. Lebenswichtig ist die Weide; das Futter, das dabei das Fohlen sich auf der Weide sucht, enthält die meisten Vitamine und schützt das Pferd gegen die Rachitis und gegen die Vitarmut. Den Verkauf der Fohlen regelt vorzüglich in der hiesigen Gegend der Sinsheimer Fohlenmarkt, der mit Prämierung verbunden ist; dafür werden etwa 1200 Mark ausgegeben. Weiter werden Fohlenversteigerungen veranstaltet. Zugleistungsprüfungen und Hufbeschlagsbewertungen sind sehr zu empfehlen. Außerdem ist eine Verkaufsvermittlung eingeführt.

An den Vortrag schloß sich eine sehr rege Aussprache. Hierauf faßte die Versammlung folgende Beschlüsse: Bei den Prämierungen werden auch die Hufbeschlagsbewertungen eingeführt. Es wird eine Kommission von Preisrichtern eingesetzt, bestehend aus einem Tierarzt, einem Hufschmied und einem Landwirt. Die Zugleistungsprüfungen werden beibehalten. Ferner beschloß die Versammlung die Gründung eines einheitlichen Tierarbeitsrates für ganz Baden.

Freiherr von Gölter-Schatthausen gab seiner Freude über den stattlichen Besuch der Versammlung und den sachlichen Verlauf der Aussprache Ausdruck.

Im Jahre 1928 finden wieder eine staatliche Stutenschau, genossenschaftliche Prämierung, Zugleistungsprüfung und zum erstenmal Hufbeschlagsbewertung statt. Wenn die landwirtschaftliche Ausstellung in Bruchsal im Laufe des Jahres durchgeführt wird, dann wird die Pferdeprämierung des ganzen Pflanzgenossenschaftsverbandes, Bretten, Durlach und Pforzheim umfasst, nach Bruchsal verlegt. Zur Stärkung des Beschlusses werden 20 Prozent von sämtlichen Prämien zurückbehalten; dafür werden Anteilsscheine gekauft, die den mit Prämien bedachten Landwirten gutgeschrieben werden.

Landrat Dr. Pfister hielt hierauf einen Vortrag über die Pferdezuucht im Pflanzgenossenschaftsverband und zwar über das Photographieren der Tiere, das keine Spielerei sei, sondern dazu diene, Anschauungsmaterial zu schaffen. Zum Schluß gab er seinem Bewußtsein darüber Ausdruck, daß er zum letztenmal in amtlicher Eigenschaft an der Pferdezuucht-Genossenschaftsversammlung teilnehmen könne; er danke allen Anwesenden für die ihm jederzeit bewiesene Unterstützung. Obmann Dr. Hall betonte die große Arbeit, die Landrat Dr. Pfister im Interesse der ganzen Landwirtschaft geleistet hat, und sprach ihm dafür den herzlichsten Dank aus. Die Hauptversammlung des Verbandes unterbadischer Pferdezuuchtgenossenschaften findet im April in Bretten statt. Den Schluß der Versammlung bildete die Vorführung von 300 Photographen über die Pferdezuucht im Pflanzgenossenschaftsverband und im ganz Unterbaden.

Französischer Deserteur.

Königsfeld (bei Billingen), 17. Jan. Am Freitag wurde von der Gendarmerie ein 22 Jahre alter französischer Deserteur festgenommen. Er hatte sich in einen wenig betretenen Raum der hiesigen Knabenanstalt eingeschlichen und schon seit vier Wochen von einem Dienstmädchen, seiner Geliebten, versorgt lassen, ohne daß etwas davon bemerkt worden wäre. Er war früher einmal in einem hiesigen Betriebe beschäftigt. Der Verhaftete wurde in das Billinger Bezirksgefängnis eingeliefert.

Bahlingen a. N., 17. Jan. (Nachtakt.) Auf dem Weg zur Bahnhofsstation, nachdem er einer Hochzeitsfeier beigewohnt, wurde hier der Dirigent des Männergesangsvereins Kaiserstuhl, Karl Zimmerman von Endingen, überfallen und durch Schläge mit einem harten Gegenstand verletzt. Es handelt sich zweifellos um einen Raubakt.

Bödingen a. N., 17. Jan. (Von der Leiter gestürzt.) Der ledige Zimmergehilfe Fröh Bader stieg auf einer Leiter an einem Neubau hinauf, als plötzlich oben eine Sprosse brach. Bader stürzte herab und mußte mit einer schweren Rückenverletzung in die medizinische Klinik nach Freiburg überführt werden.

Staufen i. Br., 12. Jan. (Die Autolinie Freiburg-Staufen-Schnau.) Die Frage der langumstrittenen Kreispostlinie Freiburg-Staufen-Schnau ist insofern in ein neues Stadium getreten, als die Oberpostdirektion Konstantin von Verhandlungspartnerin wird und versucht, die Eisenbahn zur Aufgabe ihres Einspruchs zu bewegen. Das Reichspostministerium hat mit dem Verein deutscher Straßenbahnbesitzer ein neues Abereintommen getroffen, wodurch die Nebenbahn einbezogen wird und auf dessen Grundlage weiter verhandelt werden soll.

Südingen, 13. Jan. (Friedrich-Badische Vereinigung für Heimatkunde und Heimatschutz.) In Stein a. Rh. hielt am Sonntag die Friedrich-Badische Vereinigung für Heimatkunde und Heimatschutz ihre erste diesjährige erweiterte Vorstandssitzung ab. Es wurde für das laufende Jahr ein gewisses Arbeitsprogramm festgelegt, bei dem die sachmännliche Unterhaltung und Erforschung der lokalen Kultur über der Fichtenhügel auf dem Tegerli bei Schwappart/Wegenstetten an erster Stelle stehen. Die Ausgrabungen auf dem sogenannten Königsstein oberhalb Rumpfs werden weitergeführt. Auch auf badischer Seite sind eine Reihe interessanter Arbeiten vorzulegen.

Rheinfelden, 16. Jan. (Ehrendiplome Arbeiter.) In zehn Werksangehörige, die ununterbrochen 30 Jahre bei den Kraftübertragungswerten bzw. der Aluminiumindustrie in Rheinfelden beschäftigt sind, hat der badische Innenminister durch den stellvertretenden Bürgermeister Walz Ehrendiplome überreichen lassen.

Gerichtszeitung.

Vörsach, 13. Jan. (Zuwerdiebe.) Das Strafgericht Vörsach verhandelte gegen einige Arbeiter aus St. Ludwig, Hellingen, Bafel, Breisach und Südingen, die bei einer hiesigen Expeditionsgesellschaft mit Umladen von Zucker während der Dauer von acht Tagen beschäftigt waren. Die Leute haben während dieser Zeit eine ganze Reihe von Zuckerfässern aufgeschnitten und ausgefüllt und den Zucker in Lüten oder besondere Säcken abgefüllt, worauf sie dann eine ganze Reihe von Häusern verlor. Im ganzen wurden 273 Kilo Zucker entwendet. Das Gericht erkannte auf Gefängnisstrafen von drei Wochen bis vier Monaten.

Leipheimer & Mende. Sämtliche Ball- u. Masken-Stoffe. Dekorationsstoffe. 1533

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 17. Januar 1928.

Wandlung der Postklassenzüge.

Die Deutsche Reichsbahn führt seit einigen Fahrplanperioden unter dem Namen „Fernschnellzüge“ (FD-Züge) eine neue Gruppe von Zügen für die Personenbeförderung, die bei nur wenigen Halten an einigen Hauptplätzen und bei geringerer Belastung durch weniger umfangreiche Ausrüstung besonders rasch fahren und eine Art Städte Schnellzüge darstellen.

Nun macht sich immerhin bei manchen Strecken doch der Zwang wirtschaftlicher Notwendigkeit mehr bemerkbar. Es wurde schon vor mehr als einem Jahr das Nachtschnellzugpaar Holland-Rhein-Baden-Basel D 173/174, das anfangs nur die Postklassen hatte, mit der dritten Klasse versehen.

Verkehrsunfälle. Ein verheirateter 27 Jahre alter Arbeiter lief gestern nachmittag mit seinem 4 Jahre alten Sohne beim Überqueren der Karlsruher bei der Hauptpost infolge Unvorsichtigkeit in eine durch die Karlsruher fahrende Kraftdroschke. Beide wurden von dem Fahrzeug, das sofort zum Stehen gebracht werden konnte, erfasst und zu Boden geworfen, ohne jedoch verletzt zu werden.

Kraftfahrzeugkontrolle: Gestern abend fuhr ein 20 Jahre alter Schloßer aus Birkweiler mit einem unbeleuchteten Kraftfahrzeug durch die Hirschstraße. Bei der Kontrolle wurde durch die Polizei festgestellt, daß das Fahrzeug zum öffentlichen Verkehr nicht zugelassen, daß es mit einem falschen Kennzeichen versehen war und ferner daß die Nummer des Motors mit der auf dem Typenschild der Herstellungsfirma nicht übereinstimmt und das Kennzeichen infolge starker Verschmutzung nicht lesbar war.

Der Verein heimatreuer Ost- und Westpreußen hielt am 7. d. M. in „Löwenstaden“ seine Jahreshauptversammlung ab, die zahlreich besucht war. Der Jahresbericht des Vorstandes zeigte eine erfreuliche Entwicklung des Vereins und einen günstigen Mitglieder- und Kassenbestand. Dem bisherigen Vorstand wurde Dank und Anerkennung für seine mühevollen Arbeit gesagt.

Badischer Train-Verein. Am 1. Januar feierte der Verein im Café Nowak seine Weihnachtsfeier. Kurz nach 4 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende Trautmann die Feier bei vollbesetzter Saale mit einer feierlichen Ansprache und ließ alle Anwesenden aufs herzlichste willkommen sein. Auch gedachte der 1. Vorsitzende der gefallenen Kameraden. Ein Prolog, gesprochen von Fräulein Heinzmann, fand glänzende Aufnahme. Es folgte eine Rezitation von Herrn Busch jun., bei der die Fachkenntnis mitwirkte. Theater-Aufführungen „Die Christrosen“ sowie „Die Verführung unterm Weihnachtsbaum“ von Mitgliedern und Kindern fanden sehr großen Beifall.

Der Volksbund der Deutsch-Ostpreußen veranstaltete in seinem Bezirksverein im großen Saale des „Friedrichshofes“ eine stimmungsvolle Weihnachtsfeier. Der Bundesvorsitzende Medel begrüßte in zu Herzen gehenden Worten die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Unter dem brennenden Christbaum sang Landmännin Florine von Jolsch, Konzertsängerin in Karlsruhe, mit vollendeter Künstlerkraft Weihnachtslieder von Cornelius, dem ein reizender Kinderreigen, getanzt von Kindern der Landsleute, folgte. Zwei Theaterstücke, gespielt von Mitgliedern des Vereins, erzielten dann die Zuhörer. Besonders gefiel die Weihnachtsoperette „Der Bettler“ die geradezu meisterhaft zur Ausführung gebracht wurde.

Voranzeigen der Veranstalter.

Großer Karnevals-Kummel im Casino Roland. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet in dem stimmungsvoll geschmückten Räume des Casino Roland, die erste karnevalistische Veranstaltung statt. Für Stimmung und Humor ist bestens gesorgt, sodas die Besucher bestimmt einige heitere Stunden erleben dürfen.

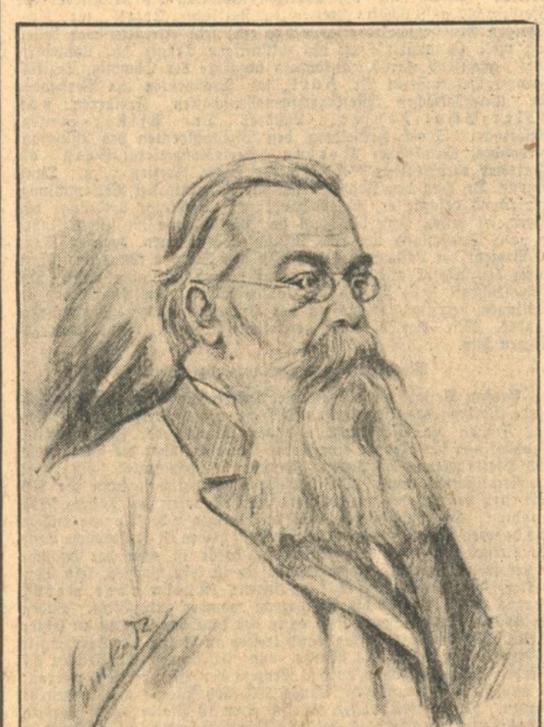
Am Parkhaus Themasbrun, dem heiligen Kanoniksdank, Karlsruher 78. finden jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag große Salvatorische mit Stimmungsconcerten statt.

Maus'ches Konservatorium. In der Bühnenaufführung des zweiten Aktes vom „Allegro der Götter“ von Richard Wagner, welche das Maus'che Konservatorium Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Grottenhof veranstaltet, ist nachzutragen, daß die Partie des Falanx, für welche ursprünglich Herr Derningler bestimmt war, wegen dienstlicher Verbindungen des Künstlers in letzter Frist auch von einem Schüler übernommen werden mußte. So große musikalische Schwierigkeiten der zweite Akt vom Götter und auch stellt, so verlangt er aber weder mechanische Bühneneinrichtungen, noch Szenewechsel, sodas er auch in einem zum Theater umgewandelten Konzertsaal ausführbar ist.

Wilhelm Schumacher.

Zu seinem 70. Geburtstag.

Wer kennt ihn nicht, den alten Herrn mit den leuchtenden Augen und dem wallenden weißen Barte, Herrn Zeichenlehrer Schumacher, wie er trotz seiner 70 Jahre junger seines Weges schreitet? Geboren am 18. Januar 1858, beschließt er morgen sein 70. Lebensjahr. Seine erste berufliche Verwendung fand er 1877 an der



höheren Bürgerschule in Mosbach. 1880 wurde er dem Karlsruher Real-Gymnasium als Zeichenlehrer zugeteilt. Nach dessen Teilung in zwei Anstalten trat er 1908 über in die neuerrichtete Goetheschule, der er als Kunstlehrer bis zu seiner Pensionierung 1924 angehörte.

Seine ganze Kraft widmete er der Schule und der Jugend, ihr gehörte sein ganzes Herz. An dem Aufstreben seines Standes nahm er allezeit regen Anteil; er ist einer der wenigen noch lebenden Mitbegründer des badischen Zeichenlehrervereins.

Die religiöse Grundlage, auf der er sein Leben aufbaute, gab ihm jederzeit festen Halt. Edel in seiner Gemütsart, vornehm in seinem Auftreten und seiner ganzen Denkart, erwarb er sich überall dort, wo man ihn kannte und diente ich oder gesellschaftlich mit ihm in Verbindung kam, Freunde und Verehrer.

Kriegsschäden-Schlutzgesetz und Geschäftsfonds.

Für die bei Kriegsschäden verdrängten Deutschen des Mittelstandes war vielfach einer der schwersten Schäden der Verlust des Erwerbs und der Erwerbsgrundlage (Geschäftsfonds). Für diesen Verlust, dessen Erregung in den meisten Fällen für die Betroffenen eine unbedingte Voraussetzung für einen Wiederaufbau darstellt, war daher auch in den früheren Entschädigungsvorschlägen der Regierung ein Ersatz vorgesehen, der den Wiederaufbau ermöglicht hätte. Infolge der Inflation und der Finanzlage des Reiches ist aber diese Absicht nicht zur Auswirkung gekommen, sondern gestrichen worden, und auch der jetzige Entwurf der Regierungsvorlage sieht keinerlei Ersatz für diese Schäden vor.

In einer am Mittwoch stattgehabten Versammlung der Karlsruher Vereinigung der aus Erwerb-Verdrängten verdrängten Handel- und Gewerbetreibenden berichtete deren Vorsitzender, Riehm, über den derzeitigen Stand der Entschädigungsfrage und bezeichnete es als eine unbedingte Notwendigkeit, daß das Schlutzgesetz auch eine Regelung dieses Schadens bringe. Erfolge diese nicht in dem jetzigen Gesetz, das übrigens gegenüber den früheren Vorschlägen mehr Nachteile als Vorteile bringe, so könne es nimmermehr als Schlutzgesetz angesehen werden.

Rechtsanwalt Boesen behandelte hierauf diese Frage eingehend an Hand einer von ihm ausgearbeiteten, umfassenden Denkschrift, die den zuständigen Stellen zur Begutachtung vorgelegt werden soll und mit zwingender Begründung die Berechtigung dieser Forderung nachweist.

Am Anschließ daran nahm die Versammlung einstimmig eine Entschlieung an, die für den Verlust der Grundlage des Erwerbs (Geschäftsfonds) eine angemessene Entschädigung verlangt, die sowohl in den Bestimmungen des Pariser Vertrages wie in den Normen unseres bürgerlichen und öffentlichen Rechts ihre Stütze finde. Die Betroffenen würden niemals auf diese Entschädigung verzichten können. Sie müßte in bar und baldigst erfolgen, sonst könne von einem Wiederaufbau nicht die Rede sein, vielmehr würden zahlreiche Existenzen, die sich heute nur mit äußerster Not und im Hinblick auf die erwartete, gerechte Entschädigung noch über Wasser halten könnten, zum Erliegen kommen. Dieser Verlust stelle einen der schlimmsten Schäden dar, der die Betroffenen betreffen habe, und der Ersatz sei für sie eine Lebensfrage. Ein Ersatz auf der Grundlage der Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft werde, ohne den Haushalt des Reiches zu stark zu belasten, die Mittel an die Hand geben, um lebensfähige, gesunde und zufriedene Mittelstandsexistenzen zu schaffen.

Zeitgenommen wurden: Ein Buchhalter von hier wegen Sittlichkeitsverbrechens, eine Kellnerin von hier wegen Diebstahls, ein Kaufmann von hier, der von der Staatsanwaltschaft hier wegen Betrugs angeklagt war, ein Schuhmacher von Weierheim wegen Diebstahls, 4 Personen wegen Fahrgabens, ferner 8 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Tümmen + Tümmel + Tümmel

Aueste Sport-Nachrichten der Badischen Presse

Neue Bezirksmeister im Südd. OSB-Handball.

Drei von den sechs Bezirken im Süddeutschen Fußball- und Leichtathletik-Verband haben am 15. Januar bereits ihren Handball-Meister nennen können. Im Frankfurter Bezirk konnte sich der S.V. 98 Darmstadt durch einen 6:1-Sieg über den VfR Schwannheim, seinen gefährlichsten Rivalen, endgültig die Bezirksmeisterschaft sichern. — Im zweiten Endspiel des Süddeutschen Bezirks konnte der D.S.V. München den S.V. 80 München abermals schlagen, diesmal mit 9:5 Treffern, und damit abermals Meister werden. Auch in Nordbayern fiel die endgültige Entscheidung. Die Sp.V. 1904 Würzburg, die schon am Vorrangtag den VfR 04 Würzburg hoch geschlagen hatte, siegte diesmal 11:1. — Der Rhein/Main-Saar-Bezirk brachte das erste Endspiel zwischen den Gruppenmeistern VfR Kaiserslautern und S.S.V. Saarlouis zum Austrag. Zur allgemeinen Ueberraschung mußte der vorjährige Meister VfR Kaiserslautern eine 1:2-Niederlage einstecken. Saarlouis hat jetzt also die besten Chancen, Bezirksmeister zu werden. — Bei den Endspielen in Bittorf haben die Stuttgarter Kickers durch einen 6:2-Sieg über den VfR Heilbronn die Führung übernommen.

Norwegische Skiläufer im Schwarzwald.

Der norwegische Skiverband plant neben seiner umfangreichen Expedition zu den Olympischen Winterspielen in St. Moritz auch noch solche zu den französischen und deutschen Skimeisterschaften. Zu den französischen Titelkämpfen, die Ende Januar in Chamoni vor sich gehen, entsenden die Norweger zwei Läufer für den 50 Kilometerlauf und drei für die Kombination (Rendevu und Sprunglauf). Eine ähnliche Expedition planen die Norweger sodann für die Skimeisterschaften von Deutschland, die vom 23. bis 26. Februar auf dem Feldberg im Schwarzwald stattfinden. Ueber die Zusammensetzung dieser für Deutschland bestimmten Mannschaft bestehen noch keine Anhaltspunkte.

U.S.A.-Olympia-Pläne.

Die Mannschaft um ein Drittel kleiner als 1924.

Aus New York wird uns berichtet: „Wenn die amerikanische Olympiamannschaft am 11. Juli auf dem „President Roosevelt“ den Hafen von Newport verläßt, werden 135 Teilnehmer weniger an der Fahrt teilnehmen als im Jahre 1924. Die ungeheuren Kosten, die mit der amerikanischen Olympia-Expedition verbunden sind, haben die maßgebenden Kreise gezwungen, diesmal nur 215 Teilnehmer für Amsterdam zu bestimmen, statt wie zur Pariser Olympiade 350. Mit Ausnahme von zwei oder drei Anderem wird man keine Ersatzleute mit auf die Fahrt nehmen. Auf die einzelnen Sportzweige verteilt sich die obige Zahl, wie folgt: Leichtathletik 90, Schwimmen 44, Rudern 26, Turnen 8, Fechten 14, Ringen 7, Boxen 8, Reitsport 6, Moderner Fünfkampf 4, Radsport 5. Amerika entsendet also ungefähr die gleiche Anzahl von Sportleuten nach Amsterdam wie Deutschland. An den Winterspielen, den Segelwettbewerben und Scherwettbewerben, sowie an den Kunstwettbewerben werden die U.S.A. nicht teilnehmen. Zu den Fußballspielen jedoch werden die Vereinigten Staaten eine Mannschaft entsenden, die sich diesmal nicht aus einzelnen Stars verschiedener Klubs, sondern möglichst aus einer Klubbmannschaft zusammensetzen soll. Bei den Olympischen Winterspielen, die vom 11. bis 19. Februar in St. Moritz stattfinden, werden die U.S.A. im Kunst- und Schnellschauen, sowie bei den Bobleigh- und Tobogan Wettbewerben vertreten sein. Die Mannschaft verläßt in diesen Tagen Newport.“

Wetternachrichten der bad. Landeswetterwarte Karlsruhe.

Table with 7 columns: Stationen, Windrichtung, Windstärke, Temperatur, Niederschlag, Schneehöhe, Wetter. Rows include Berlin, Bonn, Karlsruhe, Baden-Baden, Stuttgart, St. Gallen, St. Gallen, St. Gallen.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Auf der Rückseite der Zeit über der Nordsee liegen und langsam zerfallenden Zyklogen sind kleinere Schübe Polarluft bis zu den Alpen vorgebrungen. Die Temperaturen sind daher bei uns etwas anziehender. Insofern bereits heute nacht im Gebirge bei leichtem Frost Neuschnee gefallen ist. Die Druckverteilung über Europa deutet sich unangenehmer an. In Skandinavien sind jetzt die Temperaturen bis auf 28 Grad kälter gefallen und haben zur Ausbildung eines Hochdruckgebietes geführt, aus dem allmählich langsam nach dem Festland abzieht. Andererseits läßt bei uns die Warmluft nach dem Festland abziehen. Auf der Südseite der neuen, auf dem Ocean folgenden Zyklogen ist ebenfalls allmählich wieder nach dem Festland vorgebrungen; nur über der Biskaya liegt noch ein Rest Polarluft. Wir müssen hiernach in der nächsten Zeit mit dem Eintritt kälterer Witterung rechnen!

Wetterausichten für Mittwoch, den 18. Januar 1928.

Wettere Ausichten (im Gebirge Schnee) bei zunächst wenig veränderten Temperaturen. Spätere Abkühlung in Aussicht.

Mitliche Schneeberichte der bad. Landeswetterwarte vom 17. Januar.

Table with 6 columns: Ort, Wetter, Temp., Schneehöhe, Schneehöhe, Schneehöhe. Rows include Biberach, Ulm, Ulm, Ulm, Ulm, Ulm.

Unberühmte Wettermeldungen vom 16. Januar 1928, 8 Uhr vorm.

Table with 6 columns: Stationen, Windrichtung, Windstärke, Temperatur, Niederschlag, Wetter. Rows include Karlsruhe, Karlsruhe, Karlsruhe, Karlsruhe, Karlsruhe, Karlsruhe.

Wasserstand des Rheins.

Sünderinsel, 17. Jan., morgens 6 Uhr: 86 Stm., gestiegen 36 Stm. Nebl, 17. Jan., morgens 6 Uhr: 216 Stm., gestiegen 35 Stm. Mainz, 17. Jan., morgens 6 Uhr: 286 Stm., gestiegen 25 Stm. Mannheim, 17. Jan., morgens 6 Uhr: 291 Stm., gestiegen 14 Stm.

Die Frau von gestern und morgen

Von Alfred Schirokauer

5. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

In den blendenden Regeln tauchte, aus der Finsternis hervorgezaubert, ein großes solenunkränzes Floß auf — etwa fünfzig Meter vom Ufer entfernt. Hinten und an den beiden Querseiten künftens es hohe schwarze Bänke, vor denen junge Mädchen im fliegenden Klumengirlanden in erhobenen Händen tanzten. Es wirkte wie belebte Plastik.

„Gut?“ flüsterte Elisa lobpreisend und beugte sich zu Köhns Ohr.

„Sehr“, erwiderte er leise. „Das ist ja eine Schönheitsgalerie.“ Jetzt klang vom Wasser herüber eine leise mystische Melodie. Ein unsichtbares, hinter der hohen Kalkwand verborgenes Orchester spielte sie. Dann wechselten die Scheinwerfer ihr Licht, erstarrten in einem gespielterhaften Rhythmus. Und dann brach ein spontaner Beifall hinaus in die Stille des Sees und der lauen Sommernacht.

Draußen war aus einem Vorhang in der Hinterwand die grüne, non innerer Bewegtheit federnde Gestalt einer Frau im Spitzentanz auf das Floß herausgeschwebt. Lange schwirrte begeistertes Händeklatschen über die Wellen hin.

Elisa lächelte triumphierend. Es war nicht leicht gewesen, diese große russische Tänzerin, die in Berlin gastierte, zu dieser Vorstellung zu bewegen. Doch schließlich hatte die Romantik der Tanzarena sie perlockt.

Alles schloß ergriffen und hingerrissen. Sie hatte die Tänzerin ihrer erschütternden Phantasie einen Rahmen gegeben wie diesen dunklen See, dessen mächtige Wasser leise erschauernd atmeten. Zum ersten Male starb der Schwan inmitten seines heimatischen Elementes.

Als die Tänzerin unter Todesriefen tief gebeugt zusammengeknien war, dauerte es Sekunden, bis der Beifall ekstatisch aufweckte.

Und drüben stimmten still die Lichter vom Schwedischen Pavillon, und ein später Dampf zog gepenstig seine glühende Bahn.

Da fühlte Köhn, wie sich seine Nachbarn vorsichtig tastend an ihn schmiegte. Er hielt es für eine zufällige Bewegung. Doch die stumme verhöllte Jäcklichkeit wurde inniger.

Es war ihm nichts Neues, daß eine Klientin sich in ihn verneigte. Als unumstößliches Prinzip aber stand für ihn fest, niemals Beruf und Liebe zu vermischen. In jüngeren Jahren hatte er bisweilen das Mandat niedergelegt und die Vertretung der Sache einem Kollegen übertragen. Mit dem Schwinden der Jugend und der Festigung seines Charakters war dieser Kompromiß zwischen Pflicht und Neigung immer seltener geworden. Jetzt miß er längst jede Freundschaft mit Frauen, für die er als Anwalt handelte.

Elisa hielt seine bewegungslose Duldung für Zustimmung. Sie neigte ihn seit Jahren. Sie tastete nach seiner Hand und umklammerte sie mit erregungsfeuchten Fingern. Er ließ sie gewähren. Es widerstrebe ihm, eine werbende Frau zu verleihen.

Da beugte sie den Oberkörper dicht an ihn heran, berührte ihn mit den Schultern und flüsterte: „Ist es nicht traumhaft schön?“

Er antwortete — ebenso leise: „Nur schade, daß Träume beim Erwachen zerrinnen.“

Elisa war eine sehr kluge Frau und in den halben Tönen der Liebe erfahren. Sie hörte die Abwehr in seinen Worten. Er fühlte,

wie sie vereiste, wie sie steif gefror in beleidigtem Frauenstolz. Ihre Hand wich zurück. Zwischen ihnen stand plötzlich eine kalte steinerne Wand.

Gleich darauf erloschen die Scheinwerfer. Unter dem Brausen ehrlichen Beifalls glommen die Glühlampen der Terrasse wieder auf. Köhn hatte gerade noch Zeit, Elisa zuzurufen: „Kommen Sie Freitag in meine Sprechstunde.“ Dann wallte die Woge der dankbar embrannten Gäste auf die Dame des Hauses zu.

Wenn Elisa am Freitag in der strengen Sachlichkeit seines Sprechzimmers saß, würde er ihr mit sanften unwiderleglichen Gründen begreiflich machen, daß ein Anwalt Rücksichten zu nehmen habe, daß er sich bezwingen müsse, daß es für ihn das simple Glück anderer Sterblicher nicht gebe, daß sie verzögerten mühten, kurz, alles das, was er mancher begabteren Klientin vor ihr dargelegt hatte. Immer war es ihm gelungen, die verlebte Frau in die Rolle der entsagenden heldenhaften Märtyrerin hinein zu operieren. Und immer hatte man dann einen wehmüt-umhauchten Weg der Verständigung.

VI.

Während die Dame des Hauses zum Drehpunkt in dem freisenden Wirbel der Gästeflut wurde, elite Köhn davon. Er wollte Oden suchen und sich dann mit ihm entfernen. Er hatte seinem gegebenen Worte und der Pflicht der Einladung genügt.

Während er sich in der Tageshelle der Terrasse durch die bewegten Menschenmengen hindurcharbeitete, wurde er von allen Seiten erkannt, begrüßt, wurde ihm vertraulich zugewinkt, ihm sehnüchsig nachgeschaut. Er kannte die Mehrzahl dieser geschmückten Frauen, er kannte sie fast alle und blidte hindurch durch die lächelnde Viere, die sie unter Menschen trugen.

Da klopfte ein Herr, der ausah wie ein englischer Botschafter, ihm jovial auf die Schulter.

„Abend, Doktor.“ Köhn wandte sich um und begrüßte den Chef eines der größten Berliner Warenhäuser. Sofort dachte er an die arme kleine unscheinbare Klientin vom Nachmittage. Es war seine Eigenart, Chancen selten ungenutzt zu lassen.

Er sahte den Herrn vertraulich unter dem Arm und leitete ihn aus dem Schwallen heraus.

„Lieber Kommerzienrat“, hat er, als handle es sich für ihn um eine wichtige Bagatelle, „Sie müssen mir einen kleinen Gefallen tun.“

„Wieder ein Sorgenkind?“ lachte der große Kaufmann. Köhn nickte. „Fragen Sie nicht. Vertrauen Sie mir. Ich verbürge mich für sie. Versuchen Sie es mit ihr. Sie war bisher Kassiererin in einem Detailgeschäft. Sie tun eins der besten Ihrer vielen guten Werke.“

„Wer kann denn ein Zauber widerstehen!“ scherzte der Kommerzienrat und tippte Köhn auf die Herzseite.

„Zu wem darf ich sie morgen mit meiner Visitenkarte schicken?“ „Schiden Sie den Schilling direkt zu mir. Dann geht die Sache am sichersten in Ordnung.“

„Dante Ihnen sehr, lieber Kommerzienrat. Genutzt heißt sie. Sie bringt Ihnen meine Karte mit.“

„Gern!“ Herzlich verabschiedeten sich die Herren.

Bergehlich durchsah Köhn die Terrasse. Oden war nicht zu sehen. Wahrscheinlich hat er sich in den Garten gedrückt, während ich mit dem Kommerzienrat sprach, dachte Köhn und schritt einer der dunklen Pfade zur Höhe empor.

Doch er irrte sich. Oden hatte sich schon lange, schon während der Vorstellung entfernt. Mit Marya Fjodorowna. Sie hatten sehr günstig in der hintersten Reihe gesessen. Mit ihrem wachen Raub-

tierinstinkt hatte die Russin in dem arglosen, heiteren, jugendhaften Westfalen die Beute gewittert.

„Kommen Sie“, flüsterte sie plötzlich, „diese Tänze hat man tausendmal gesehen. Ist langweilig. Wir wollen sprechen lieber unter uns.“

Damit glitt sie mit laienhaft leichten Schritten von der Terrasse. Unbemert von den gespannt gaffenden Zuschauern folgte Oden, nicht wenig geschmeichelt, daß diese hinreißend schöne, geheimnisvoll seltene Frau seine Gesellschaft dem Tanze vorzog.

Auf Zehenspitzen schlüpfen sie den Berg hinan und fanden Oden in einer der vielen Lauben, zu denen kleine Seitenwege führten.

Hier sahen sie in behütender Dunkelheit dicht beieinander. Es war Kinderpiel für die vielgewandte Frau der Abenteuer, den jungen Hünen mit dem Knabengemüte, der in einem fernen Industriedorf lebte, für sich zu begeistern.

Als dann vom Ufer her der Schlußbeifall heraufschloß und bald darauf einzelne Paare den Park belebten, legte sie ihm die Hand auf den Mund und bedeutete ihm, sich ganz still zu verhalten. Köhn wanderte lachend durch die Wege.

Als der Pfad ihn dicht an einem der leichten Bambushäuschen vorüber zwang, girte eine Stimme heraus: „Doktorchen, ich liege hier wie ein Wegelagerer und spähe aus auf Raub.“

Er blieb belustigt stehen und ging auf den Spaß ein. „Was wollen Sie mir rauben, schöne Wegelagerin?“

„Das Herz“, kam die schlagfertige Antwort. Er suchte die Dunkelheit mit den Augen zu durchdringen, sah aber nur helle Umrisse einer weiblichen Gestalt.

„Ich habe nie ein Herz belesen“, scherzte er. „War stets ein herzloser Geselle.“

„Dann laß mich deine Ruhe rauben“, schlug die Stimme freundlich vor.

„Die kann mir nichts rauben“, erwiderte er. „Nichts?“

„Nichts.“ „Dann laß mich dir Kisse rauben.“

„Darüber läßt sich reden“, lachte er gutmütig, trat in die Laube, setzte sich neben die freibunterische Dame und ließ sich brandschlagen. Dann fragte er: „Woher kennst du mich?“

„Mein süßes Geheimnis“, trillerte ein hoher Sopran. „Aber ich kenne deine Stimme nicht.“

„Wir haben uns auch nie gesprochen. Ich habe dich nur oft auf Gesellschaften gesehen.“

„Dann will auch ich dich sehen“, entschied er und griff zum Feuerzeug.

Doch sie sahte rasch seine Hand und hielt ihn zurück. „Tu es nicht, Doktorchen. Kennst du nicht die entzückende Novelle von Maupassant?“

„Welche?“ „Wo ein Mann in einer fremden Stadt abends in die Laube des Hotels geht, dort in der Finsternis der Nacht eine Frau findet, sie küßt — dann eilt die Frau fort. Er sieht sie nie im Licht. Am nächsten Morgen muß er weiterreisen. Die Unbekannte hat er nicht wiedergesehen. Und nun kann er bei jeder schönsten Frau, die er im Leben trifft, denken: das war sie — die hat mich geliebt.“

„Sehr fein!“ lobte er. „Und diesen glücklichen Glauben willst du mir schenken?“

„Will ich!“ „Vielleicht ist dieser Glaube aber Wahrheit“, erzog er ritterlich. „Lieber die Probe nicht riskieren“, wehrte sie laßend. „Und nun küß mich noch einmal und dann geh!“

(Fortsetzung folgt.)

Billige Mehl-Woche!

Kaufen Sie nur da, wo Sie für sich einen Vorteil sehen.

Ab Dienstag, den 17. Januar, bis einsch. Dienstag, den 24. Januar 1928, geben wir

5 Pfd. allerst. Kaiser-Ruszmehl 1.50
u. 1 Pfd. Griechenzucker für nur Mk.

ab. Oder

5 Pfd. allri. Kaiser-Ruszmehl u. 1 Pfd. allri. Tafelmargarine für nur Mk. 1.75

Kokostett in Tabletten 1 Pfd. nur 57,-

am Schw. Schmalz 1 Pfd. nur 79,-	La. Mischobst 1 Pfd. nur 65,-
Chloridin 1/2 St. Dole nur 48,-	Äpfel 1 Pfd. 35,-
Äpfel 1 Pfd. 38,-	Birnen 1 Pfd. 45,-
Verlobkuchen 1 - 34,-	Äpfel 1 Pfd. 40,-
alt. Bitt. erbsen 1 - 36,-	Äpfel 1 Pfd. 40,-
Grünterzungen 1 - 55,-	Äpfel 1 Pfd. 40,-
Polterreis 1 - 29,-	Äpfel 1 Pfd. 40,-
Raisbrot 1 - 34,-	Äpfel 1 Pfd. 40,-

2 Pfd. Eier-Bruch
Maffaroni 2 Pfd. nur 95,-
Eier-Gem'nud. 1 Pfd. nur 55,-
Eierjod. nudeln 1 - 60,-

Wer unsere Kaffees und Tees ver-
sucht hat, bleibt dauernd Abnehmer!

Roskaffee und Schokoladen
schr. sehr gut und preiswert

Eukalyptus-Menthol-Bonbons 1/4 Pfd. nur 25,-

Lieferung frei Haus

Hamburger Kaffeelager

Tham & Garfs

Karlsruhe, Zähringerstr. 53a, Durlach, Hauptstr. 25

Lampenschirm - Gestelle

30 cm Durchmesser Mk. 1.10
50 cm Durchmesser Mk. 1.50
60 cm Durchmesser Mk. 2.60
70 cm Durchmesser Mk. 3.40

Alle Formen gleiche Preise.

Ja. Japan-Seide Mk. 4.80
Ja. Seiden-Balist Mk. 1.80
sowie sämtl. Besatzarten wie
Seidenstrans., Schnüre,
Rüschen, Wickelband u.
fert. Schirme billig. Ferner
Nachtseh-Lampen mit
Schirm Mk. 8.80, **Fischlamp-**
mit Schirm von Mk. 8.50 an,
Ampeln nur Ja. Ausführung billig.
720

Chr. Dosenbach, Putzgeschäft, Herrenstraße 20.

Ziehung morgen!

5. Geld-Lotterie

zugunsten des

Breisacher Münsters

1875 Geldgewinne und 1 Prämie zus. RM.

12,500
6,000
5,000
1,000

Lose 1 Mk. Porto und Liste 30 Pfg. extra.

Die letzten Lose zu haben bei:
Bankgeschäft Götz
Inh. E. Zwerg, Hebelstraße.
13 3

Bis 20. Januar 10% Ex.ra-Rabatt

Klubbübel, Diwans, Chaiselongues von 35-90 M., Decken in u. auß. Ausw.

Telefon 4419

Polstermöbelhaus R. Köhler, Schützenstraße 25
(Ratenkauf-bkommen angeschlossen).

Julco Haarfarbe
„Reich anwundern!“
Schöne echte Farbentöne
1/2 Fl. 2.10 1/1 Fl. 4.50.
Internationale Apotheke
am Marktplatz
Karl-Neuboths Apotheke
6 Reich Drogerie
Herrenstraße. 8670a

Enide Waschklopfmaschine
werden für 5-10 M.
angefertigt Angebote
unter Nr. W1787 an
die Badische Presse

Maskenkostüme
werden elegant u. billig
angefertigt. (2812)

Frans. Smolting, Geb-
281-Anlage verleiht
Frans Ged, Gartenstr. 7, Karlsruhe, 27. Stb., 111.



Mehr Freizeit für Hausfrauen!

Täglich plagen sich viele Hausfrauen stundenlang mit der Wohnungsreinigung und schädigen so ihre Gesundheit. In wenigen Minuten jedoch reinigt, entstaubt und poliert der

O-CEDAR POLITUR MOP

schon durch ein leichtes Ueberwischen alle Fußböden, Möbel, Türen und Fenster. Versuchen Sie es einmal mit dem bewährten

O-CEDAR POLITUR MOP!

Er spart auch Ihnen viel Zeit, Arbeit und Geld. Unser kleines Modell kostet jetzt nur 3.50 RM. und ist überall erhältlich.

O-Cedar Mop

Politur

O-Cedar Gesellschaft m. b. H. - Berlin N. 20.

Ab Office direkt an Private ff. u. billig!

900 sehr schön bis 8000 Gantl. über

2 Dof. ff. Brat. u. Del. Her. zu ca. 45 Stk. u. 10 La. M. Dettberinger u. 1 D. feine Bismarck u. 1 D. feine Hollmops u. 1 D. feine Geleber. u. 1 D. feine Ananas u. 2 D. ff. Dettberinger u. 1 Kiste ff. Bäckl. All. auf 6% W. u. franzol. C. Degeuer Bonierenfabr. u. 1881 Eisenerdbe 68. 100 ff. Dettberingerfabr. 6% W. 220 : 13 W.

Perfekte Schneiderin
empf. den Tag zu 3.50 M. Neuanfertigen u. Umarbeiten einl. u. elec. Zeinen u. Kinderst. Wäsche u. Kostüme. Angebote erbeten unt. Nr. 21779 an die Badische Presse.

Schneider
empfiehlt sich in und außer d. Hause. Ansu. Arbeitslohn von 25 M. an, im Hause m. Kost 1 Mart pro Tag. Angebote unter Nr. 21858 an die Badische Presse.

Rauchen ist Gift!

Mein Mundwaffer „Antifamin“ ist das einzige Mittel sich das Rauchen in 5 bis 6 Tagen garantiert abzugewöhnen. Fläsche Antifamin inkl. Voris u. Verz. 6.- M. per Radu oder P. Ch. R. 76582.

Generalvertreter: O. Schradorf, Karlsruhe. Karlsruherstr. 68. (1136)

Zinkpulver!

Versuchen Sie bei gemischter Kost, ohne strenge Diät die DUKOZYL-KUR. Seit 25 Jahren an tausenden Patienten ärztlich erprobt und bewährt. Orig-Packg. Nr. 1 u. 2 zus. für 14 Tage M 5.- Broschüre frei. Haupt-Apothekenversand durch Dr. B. E. Müller & Co., Berlin-PANKOW 2. (AB203)

